

China:

Revolution oder Konterrevolution

"Was diese Bewegung jetzt ist, was sich als Inhalte und reale Ziele herauskristallisiert, das kann man überhaupt noch nicht sagen.(...) Wie sich ein Chinese zB den Sozialismus vorstellt, und wie sich ein Europäer den Sozialismus vorstellt, das ist nie das Selbe. Das ist ganz was anderes. Genauso wie wenn sich ein Chinese eine Demokratie vorstellt und wenn sich ein Europäer eine Demokratie vorstellt. Wenns einen chinesischen

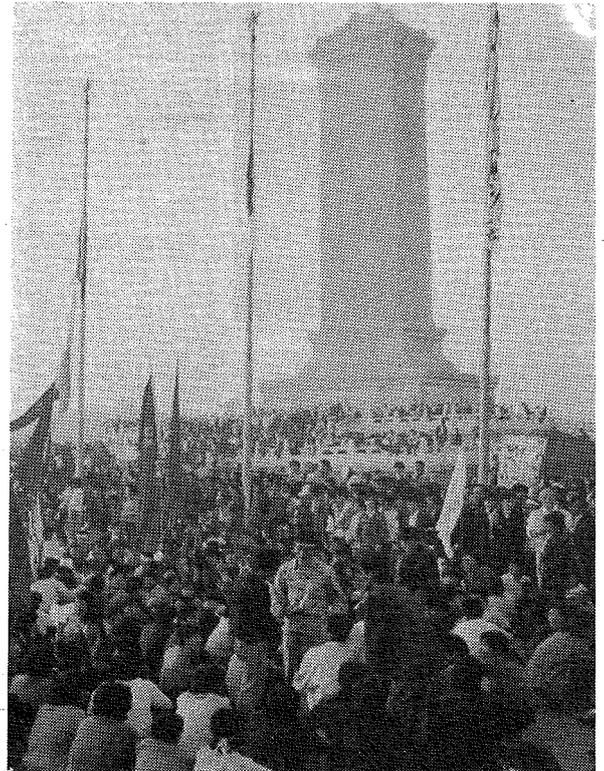
Sozialismus gibt, dann gibts einen chinesischen Sozialismus, und wenns eine chinesische Demokratie gibt, dann gibts eine chinesische Demokratie." Soweit ein Auszug aus einem Gespräch mit "unserem China-Experten". Neben diesem Gespräch bringen wir eine Analyse der politischen Vorgänge, die zu den jüngsten Ereignissen geführt haben.

Rebellion ist gerechtfertigt

(aus Arbeiterkampf 307, gekürzt: tb)
Seit dem Tode Hu Yaobangs am 15. 4. reißen die Protestaktionen - zuerst der StudentInnen, dann immer weiterer Bevölkerungskreise - in fast allen größeren Städten Chinas nicht ab.

also mehr als eine Warnung an Zhao, die auf dem XIII. Parteitag der KPCh (25.10.-1.11.87) durch eine geschickte Konstruktion der zentralen Führungsgremien ergänzt wurde:

Hu Yaobang, bis zu seinem Tode Mitglied des Politbüros des ZK der KPCh, war nach dem StudentInnenprotesten 1986/87 am 16. 1. 87 von seinem Posten als Generalsekretär des ZK abgesetzt worden. Das war ein erstes Anzeichen der zunehmenden Differenzen zwischen Deng Xiaoping und seinen politischen Zöglingen. Als dann Zhao Ziyang Generalsekretär wurde, vermuteten viele, Hu sei nur ein "Bauernopfer" gewesen und Deng wolle durch Zhao gewährleisten, daß die ökonomischen Reformen durch politische ergänzt würden, wie das ja Hu Yaobang und Zhao Ziyang mehrmals, wenn auch nicht lautstark, gefordert hatten. Dabei wurde übersehen, daß Deng ein autoritärer Bürokrat ist, der alles, was den absoluten Machtanspruch der Parteibürokratie in Frage stellt, immer bekämpft hat. Die Entlassung Hus war



1. Im Kern der Macht, dem Ständigen Ausschuß des Politbüros, wurde ein Verhältnis von 3:2 zwischen autoritär-bürokratischen (Li Peng, Yao Yilin, Qiao Shi) und liberal-bürokratischen

Außerdem in diesem TATblatt:

"Israel",
ein rassistisches Projekt
Interview mit Uri Davis;
israelischer Staatsbürger,
Antizionist, Leiter des
Instituts für Jerusalem und
Friedensservice in London.
Wir sprachen mit ihm über
Zionismus, Kibuzzim,
Ähnlichkeiten der Methoden
des zionistischen Staates
"Israel" mit denen des
Nationalsozialismus u.a.

Wien:
Ringstraßenblockade
gegen EG-Beitritt

BRD:
Ingrid Strobl zu fünf
Jahren Haft verurteilt!

u.v.a.

bitte umblättern

(Zhao Ziyang, Hu Qili) Kräften hergestellt, das sich jetzt, bei der Entscheidung über die Verhängung des Kriegsrechts, als ein 4:1 Verhältnis erwiesen hat, da Hu Qili die Seite wechselte. Im Prinzip wurde der Ständige Ausschuß damit zu einem Gremium, das den Generalsekretär kontrollierte.

2. Im Politbüro (17 Mitglieder) entstand ein noch deutlicheres 11:6-Verhältnis.

3. Die gemeinste Konstruktion gelang in der "Militärkommission beim ZK", deren Vorsitzender Oberbefehlshaber der Volksbefreiungsarmee (VBA) ist: Deng behielt diesen Posten, wozu extra das Parteistatut geändert werden mußte, in dem es bisher hieß, daß der Vorsitzende der Militärkommission Mitglied des ZK sein müsse. Da Deng seinen ZK-Posten aufgab, wurde dieser Passus geändert. "Erster Stellvertretender Vorsitzender" wurde Zhao Ziyang, der keine Basis in der Armee hat und den Posten sozusagen "zur Bewährung" übernehmen mußte. Als besonders raffiniert muß bewertet werden, daß zusätzlich der Posten eines "Ständigen Stellvertretenden Vorsitzenden" geschaffen und mit Yang Shangkun (seit April 1988 auch Staatspräsident) besetzt wurde. Yang ist ein Vertrauter Dengs, zwar nur drei Jahre jünger, aber etwas vitaler, und der Repräsentant der konservativen Militärbürokratie. Damit hat Deng, entsprechend Maos Devise "die politische Macht kommt aus den Gewehrläufen", das Militär unter seine Kontrolle behalten, um jederzeit bei Diskussionen und Entscheidungen von Parteigremien, denen er gar nicht mehr angehört, gewichtig mitmischen zu können.

Somit waren von Seiten der KPCh die Voraussetzungen für die Einberufung der Jahrestagung des VII. Nationalen Volkskongresses (NVK), der vom 25.3. bis 13.4.1988 tagte, geschaffen. Auf der NVK-Tagung wurde die (personal-)politische Linie des XIII. Parteitagess zur Regierungspolitik gemacht: Li Peng, seit dem 24.11.87 bereits geschäftsführend im Amt, wurde am 9.4.88 offiziell zum Ministerpräsidenten gewählt. Li, ein Adoptivsohn Zhou Enlais, hat 1948-55 in Moskau studiert und ist - als Ex-Energieminister - verantwortlich für das chinesische Atomprogramm, für Kernkraftwerks- und Staudambauten bzw. -projekte. Außerdem ist er als ehemaliger Vorsitzender der Erzie-

hungskommission mitverantwortlich für die fortschreitende Ruinierung des Bildungssystems. Er ist der Supertechokrat, versiert in den Methoden modernen Industriemanagements, und seine rasante Karriere ist ein Musterbeispiel für die Privilegierung der "Kader-Kinder", für die Entwicklung einer zunehmend in sich geschlossenen bürokratischen Schicht.

Kaum noch zu erwähnen, daß der NVK Deng Xiaoping im Vorsitz der (staatlichen) Zentralen Militärkommission bestätigte und auch dort das Stellvertreter-Konstrukt Zhao-Yang aus der ZK-Militärkommission übernommen wurde.

Als nun Hu Yaobang starb, nahmen hauptsächlich StudentInnen das zum Anlaß, durch ihre besonders demonstrativ bekundete Trauer gegen die oben beschriebene Konstellation von Partei- und Regierungsapparat zu demonstrieren. Die Demonstrationen und Kundgebungen auf dem Tian'anmen-Platz nahmen vor und nach der offiziellen Trauerfeier am 22.4. zwar teilweise erhebliche Ausmaße an, flauten aber, vor allem nach dem 4. Mai wieder ab. Am 4. Mai wurde der 70. Jahrestag der "4.-Mai-Bewegung" von 1919 begangen: ein Feiertag für beide Seiten. Partei und Regierung sehen die "4.-Mai-Bewegung" - durchaus zu Recht - in erster Linie als eine revolutionäre Bewegung, die zur Verbreitung des Marxismus in China beitrug und 1921 zur Gründung der KPCh führte. Für die StudentInnen stehen die Forderungen nach "Wissenschaft" und "Demokratie" im Vordergrund.

Wie zur Begrüßung Gorbatschows begannen mehrere tausend StudentInnen am 13. Mai einen Hungerstreik auf dem Platz des himmlischen Friedens und brachten damit die Proteste zum Wiederaufflammen. Die historische Bedeutung, die dem ersten chinesisch-sowjetischen Gipfel seit 30 Jahren zukommt (vollständige Normalisierung der zwischenstaatlichen Beziehungen, Wiederaufnahme der Parteibeziehungen KPCh-KPdSU), wie auch die persönliche Bedeutung, die der Gipfel für Deng hatte, der damit einen großen außenpolitischen Erfolg zum Abschluß brachte, verschwanden völlig hinter Demonstrationen, Kundgebungen und Blockaden, die das gesamte Programm des Gorbatschow-

Besuches störten und damit die chinesische Führung in eine höchst peinliche Situation brachten. Schon die Begrüßung des Gastes am 15.5. mußte vom Tian'anmen-Platz auf den Flugplatz verlegt werden. Zu seinem Treffen mit Deng Xiaoping und Zhao Ziyang wurde Gorbatschow durch einen Seiteneingang in die "Große Halle des Volkes" gebracht, da Massen den Haupteingang belagerten.

Spätestens seit dem 17. Mai kann nicht mehr nur von einer StudentInnenbewegung gesprochen werden, da sich an diesem Tage über eine Million ArbeiterInnen, Verwaltungsangestellte, Intellektuelle und sogar Kader zu einer Protestkundgebung auf dem Tian'anmen-Platz versammelten und sich mit den Zielen der StudentInnen solidarisierten.

Das war eine vollkommen neue Entwicklung, mit der die Staats- und Parteiführung offensichtlich nicht gerechnet hatte. Die StudentInnen haben aus den Protestbewegungen im September 1985 und um die Jahreswende 1986/87 viel gelernt und die gesammelten Erfahrungen verarbeitet. Zwei zentrale Unterschiede sind hervorzuheben:

1. Die Proteste waren viel besser organisiert als vor zwei Jahren. Es wurde sofort mit dem Aufbau einer unabhängigen StudentInnenorganisation begonnen; die Informationsübermittlung funktionierte viel besser, sowohl innerhalb Chinas als auch im Kontakt mit chinesischen StudentInnen im Ausland. Neue Widerstands- und Protestformen, zB Hungerstreik, wurden angewandt.

2. Die Forderung der StudentInnen wurden konkreter. Es wurde, neben den allgemein üblichen und nach wie vor schwammigen Schlagwörtern "Demokratie" und "Freiheit" konkret folgendes gefordert:

- Legalisierung der unabhängigen StudentInnenorganisation(en);
- Legalisierung der unabhängigen studentischen Zeitung(en);
- Offenlegung der Einkünfte der Kader und der Familien (Söhne!) hoher Kader. Vor allem mit der letzten Forderung trafen die StudentInnen ins Schwarze. Korruption, Vetternwirtschaft, Schieberei, Ausnutzung von Kader-Privilegien für private Geschäfte, das alles sind längst keine einzel-

ten Erscheinungen mehr, sondern weit verbreitete Kennzeichen einer kommunistischen Partei, die sich mehrheitlich die Restauration des Kapitalismus in immer größeren Teilbereichen der Wirtschaft zur Aufgabe gemacht hat.

So waren von Seiten der StudentInnen die Voraussetzungen für ein Bündnis mit den ArbeiterInnen und anderen Bevölkerungskreisen geschaffen. Aber auch auf der Seite der ArbeiterInnen und der sonstigen städtischen Bevölkerung entsprach die Lage nicht mehr der vor zwei Jahren. Die fortschreitende Wirtschaftskrise, vor allem Arbeitslosigkeit und Inflation, haben große Teile der Bevölkerung an den Rand der Existenzmöglichkeiten gebracht. PensionistInnen, diverse Angestellte und die Masse der einfachen ArbeiterInnen haben die größten Probleme: die Renten wurden überhaupt nicht, die Löhne und Einkommen nur geringfügig erhöht. Für die Mehrheit sinkt der Lebensstandard kontinuierlich, während gleichzeitig ein vielfältiges Warenangebot - zu unerschwinglichen Preisen - vorhanden ist. Zu der Jugendarbeitslosigkeit, den sogenannten "auf Arbeit Wartenden", kommen ca 50 Millionen umherziehende Menschen, die - im Rahmen der Landwirtschaftspolitik - ihre Existenz auf dem Lande verloren haben. Im Rahmen der Zerstörung kollektiver Strukturen wurden - vor allem auf dem Lande - auch viele soziale Einrichtungen entweder abgeschafft oder kommerzialisiert. Das gilt für Kinderhorte, Kindergärten, Gesundheitsversorgung und Schulen. Das bedeutet, daß entweder viel weitere Wege zurückgelegt werden müssen, um die Leistungsträger zu erreichen, oder daß es finanziell nicht mehr oder nur noch eingeschränkt möglich ist, sie in Anspruch zu nehmen. In manchen Orten kann der Grund- und Mittelschulunterricht kaum noch aufrecht erhalten werden, da die LehrerInnen, die von ihrem Einkommen nicht leben können, sich andere Arbeit (zB als KleinhändlerInnen) gesucht haben. In solchen Fällen werden zeitweilig niedrige Kader verpflichtet, Unterricht zu geben - eine Maßnahme, die die Qualität des Unterrichts stark senkt. Da den StudentInnen weitgehend die Stipendien gestrichen wurden, müssen sie neben dem Studium arbeiten; meistens bekommen sie nur schlechtbezahlte Jobs im Dienstleistungsbereich. Geld ist

zum zentralen Faktor des gesellschaftlichen Lebens geworden. Die Errundenschaften der "sozialen Warenwirtschaft" erinnern dabei eher an frühkapitalistische Verhältnisse. Somit waren auch auf Seiten der ArbeiterInnen und anderer Kreise der Stadtbevölkerung die Voraussetzungen für eine Solidarisierung mit den StudentInnenprotesten gegeben.

Spätestens seit dem 18. Mai griffen die Proteste auf immer mehr Städte in fast

allen Provinzen über. Am 19.5. faßte der Ständige Ausschuß des Politbüros mit 4:1 gegen Zhao Ziyang den Entschluß, die "weiche Linie" aufzugeben und die Armee einzusetzen. Am 20. Mai wurde das Kriegsrecht über acht Bezirke Pekings, zwei Tage später auch über Shanghai verhängt. Armeeeinheiten wurden in Marsch gesetzt, um die Maßnahmen durchzusetzen....Das weitere ist wohl gemeinhin bekannt.

Solidaritätsdemonstration in Graz
am Mi., den 7. Juni.
an der ca 600 Leute teilnahmen.



Wie es halt so ist in China

(Ein Interview mit S.)

S. lebte bis vor zirka einem Jahr für längere Zeit in China. Wir sprachen mit ihm über die Verhältnisse in China, die nicht zum ersten Mal zu Aufruhr in der Bevölkerung geführt haben.

Wie er diese neue Protestbewegung in China einschätzt:

Was diese Bewegung jetzt ist, was sich als Inhalte und reale Ziele herauskristallisiert, das kann man überhaupt noch nicht sagen. Es gibt halt diese konkreten sinnlichen Sachen, die im Vordergrund stehen, eben wie Korruption und verschiedene Unzufriedenheiten, Inflation usw, aber was an einer sogenannten Ideologie dahintersteckt, an einer Vision, darüber hat man eigentlich noch nichts gehört und da hat sich auch noch nichts herauskristallisiert. Es ist weder Demokratie noch Sozialismus noch sonst irgendwas; sondern es ist was, das überhaupt

noch nicht konkret formuliert ist. Grundsätzlich klar ist, daß sich ein Bruch zwischen den Kadern und dem "Volk" abzuzeichnen beginnt. Die Kader beginnen das Herz der Bevölkerung zu verlieren.

Die einzelnen politischen Gruppen, die sich zB in Österreich jetzt bestürzt, betroffen oder sonst was zeigen, die interpretieren ihre Sachen hinein, wie zB eine sozialistische Gruppe, die interpretiert hinein, daß dies eine sozialistische Bewegung ist, und eine konservative, bürgerliche Gruppe, die interpretiert hinein, daß das eine "liberale", demokratische Bewegung ist. Diese Sachen sind eh bekannt: wenns "im Osten" Widerstand gibt, wird das

als "demokratische" Bewegung interpretiert, "die wollen eh nur westliche Demokratie" und so. Und für sozialistische Gruppen ist es dann eine anti-bürokratische Bewegung, die halt gegen den stalinistischen Parteiapparat ist, die permanente Revolution oder sonst irgendwas will. In China gibt es in Wirklichkeit die verschiedensten Gruppen und die verschiedensten Visionen. Aber: Wie sich ein Chinese zB den Sozialismus vorstellt, und wie sich ein Europäer den Sozialismus vorstellt, das ist nie das Selbe. Das ist ganz was anderes. Genauso wie wenn sich ein Chinese eine Demokratie vorstellt und wenn sich ein Europäer eine Demokratie vorstellt. Des is ganz was anders. Wenns einen chinesischen Sozialismus gibt, dann gibts einen chinesischen Sozialismus, und wenns eine chinesische Demokratie gibt, dann gibts eine chinesische Demokratie und keine europäische Demokratie und auch keine amerikanische Demokratie. Die wird dann auch ganz anders ausschauen. Eben dieser Kultur und Geschichte, dem anderen Denken und den daraus resultierenden anderen Wünschen und Bedürfnissen und Vorstellungen usw entsprechend.

...über die Verankerung der StudentInnen und Intellektuellen in der chinesischen Gesellschaft und in den Machtstrukturen...

In der Machtstruktur haben die Intellektuellen überhaupt keinen Einfluß. Die wesentlichen Kader die was zu sagen haben kommen alle aus ganz anderen Bereichen: vom Land oder der Arbeit. In Prozent ist der Anteil der Intellektuellen daran ganz gering. Es reicht ja auch nicht in der Partei zu sein - das ist schon schwer genug. Aber die, die davon wirklich Machtpositionen innehaben, das sind ganz wenig.

...über Arbeitseinheiten...

Kulturell und historisch bedingt ist der Umgang der Menschen untereinander in China grundlegend kollektiver. Das wirkt sich in allen Lebensbereichen aus. Wie zB in Arbeitseinheiten etc. Daraus resultierend bist du in China nur wer, und bist du nur anerkannt, wenn du irgendeiner Arbeitseinheit angehörst. Das wird u.a. auch polizeilich kontrolliert. ZB solange du stu-

dierst, gehörst du der Universität an, und wenn du die Universität verläßt, mußt du einer anderen Arbeitseinheit angehören und zu der wirst du normalerweise zugewiesen. Normal gibts immer staatliche Zuweisung zu Arbeitseinheiten, davon ist man in letzter Zeit aber schon ein bißchen abgegangen. Die Zuweisungen erfolgen ganz nach Bedarf. Und wenn du die verweigert, zB weil du an die mongolische Grenze in irgendein kleines Dorf versetzt worden bist, das aber nicht willst, sondern in Peking bleiben willst, dann bist du ein "Rechtloser". Du kannst zB in Peking - genauso wie auch anderswo - nur wohnen, wenn du in Peking einer Arbeitseinheit angehörst. Dann kriegst du das Wohnrecht in Peking. Und die Leute, die die Zuweisung also verweigern, die haben dann kein Wohnrecht nirgends, und sind überall illegal und müssen aufpassen, daß sie nicht von der Polizei.... die haben halt immer Schwierigkeiten, die kriegen

keine Lebensmittelmarken, die müssen schwarz arbeiten, und fürs Essen teurer bezahlen (Grundnahrungsmittel gibts auf Essensmarken viel günstiger als am "freien Markt"; Anm.d.Red.) Ist halt ziemlich eng alles, das können wir uns nicht vorstellen. Für einen normalen Chinesen ist das normal, so wie für uns einiges normal ist, so ist des fürn Chinesen normal... aber da gibts halt so Leut die das nimmer so wollen.

Auch Studienfach und Uni wird zugewiesen, je nach Leistung, und nach Bedarf...

...über Armee und Polizei....

Die Armee ist irgendwie eine der "Grundfesten" der Gesellschaft. Die Armee ist in allen Bereichen irgendwie drinnen, sie versorgt sich selber, hat eigene Produktionsstätten und Industriebetriebe usw. Bei allen mögli-



3000 Tote auch in Graz

(tb-graz)
3000 chinenische Demonstrierende wurden in der Nacht von Samstag auf Sonntag (4.6.) brutalst umgebracht. Sondereinheiten der sog. Volksbefreiungsarmee räumten den Platz des himmlischen Friedens - unter zielstrebigem Einsatz von Panzern, Maschinengewehren und Trängas.

Spontan reagierten Grazer Aktionisten und Aktionistinnen. Sie versuchten diese Situation in der Grazer Innenstadt darzustellen. Systematisch begannen sie mit roter Farbe den Asphalt vom Eisernen Tor über die Herrngasse bis zum Hauptplatz mit Umrissen toter ChinesInnen zu kennzeichnen. Verständnislosest versuchte die Polizei diese Aktion ab-

zubrechen, auf Grund spontaner Reaktion vorbeikommender Menschen konnte sich der "Leichenzug" aber immer weiter fortsetzen. Immer mehr Forderungen nach Freiheit und Demokratie wurden lauter und verschönerten die Straße. Leute reagierten mit totalem Verständnis und "starben" ebenfalls "für die Demokratie". Andere ließen ihrer AusländerInnenfeindlichen Einstellung freien Lauf.

So wird wieder einmal bewiesen, daß wir hier in Österreich um keinen Schritt weiter sind und daß die Forderung nach mehr Demokratie und Freiheit auch bei uns berechtigt sind.

chen gesellschaftlichen Anlässen ist die Armee dabei oder zumindestens Vertreter von der Armee. Ihre besondere Stellung resultiert vor allem aus ihrer Funktion als Volksbefreiungsarmee (Langer Marsch etc.).

Armee und Polizei sind nicht so ein Gegensatz zur Bevölkerung, wie etwa bei uns. Sie sind dort mehr integriert. Wie sich das aber nach dem Massaker entwickeln wird, ist noch offen.

Die Armee führt auch polizeiliche Funktionen aus, wenn die Polizei nicht mehr Herr der Lage wird, oder wenn die Polizei auch mit drin steckt, weil sie dort korrupt ist. Da schicken sie dann Spezialarmee Einheiten hin, die dann das Gebiet "säubern".

Polizei und Armee machen auch gleichzeitig die Gerichtsbarkeit: Die stellen aus ihren Reihen die Richter, die dann die DelinquentInnen verurteilen; da gibt es dann öffentliche Schauprozesse, wo sie dann öffentlich ausgestellt werden, am Marktplatz oder so. China hat eben einen anderen Umgang mit "Straftätern". Das heißt aber noch lange nicht, daß der westli-

che Umgang besser ist.

...über das Leben der StudentInnen....

Das ist nicht vergleichbar mit Österreich. Die StudentInnen leben in einem Campus, die bestehen aus Wohn- und Schulgebäuden. In den Wohngebäuden leben sie zu sechst auf 15m², ohne Heizung. Die Winter sind aber recht kalt dort, vergleichbar mit unseren. Studiert und gelernt wird hauptsächlich in den Hörsälen, vor allem im Winter. Dort wird zwar auch nicht geheizt, aber wenn man zu mehrert drinnen sitzt, wirds halt ein bißchen wärmer. Stipendien gibts so in der Höhe von ca 160.-, 200.- Schilling monatlich.

In Relation zu uns hier ist das eine recht triste Situation. Für chinesische Verhältnisse ist das aber normal, auch daß soviel Leute auf so engem Raum zusammen wohnen, und daß nicht geheizt wird. In den Heimen für ausländische StudentInnen gibts allerdings schon Heizungen und 2-Bett-Zimmer.

Es gibt StudentInnenkader, die von der Partei sind, aber Strukturen wie StudentInnenparlament gibt es auch nicht, aber das weiß ich nicht so, das wissen aber auch die wenigsten. Es wird ned so viel darüber geredet mit den AusländerInnen, weil das gefährlich ist, weil man aufpassen muß, was man sagt, und mit wem man zusammen ist. Wie ich dort war, da gab es gerade wieder eine Kampagne gegen "bürgerliche Liberalität". Da ist der Kontakt zu den ausländischen StudentInnen ziemlich abgebröckelt. Für chinesische StudentInnen, wenn die ausländische besuchen, in einem ausländischen StudentInnenheim - die sind extra - läuft das so ab: Unten im Heim sitzt wer vom Kader und alle ChinesInnen, die da reingehen, werden notiert; werden aufgeschrieben und registriert. Vor dieser Registrierung haben die meisten Angst, denn alle, die zu oft aufscheinen, haben dann gewisse Schlechtpunkte, die sie selber nicht wissen, die aber irgendwo gespeichert werden und wo sie sicher sein können, dann irgendwann mal irgendwelche Nachteile zu haben...

China... Ein Versuch einer Analyse

(tb/e)

Nach den Ereignissen des 4. Juni am und rund um den Tiananmen-Platz brachten westliche PolitikerInnen ihre Entrüstung über die Vorgehensweise der chinesischen Führung verbal stark zum Ausdruck. Margaret Thatcher äußerte sich "tief erschrocken", die französische Regierung war "bestürzt", Außenminister Mock war tief betroffen über die "rücksichtslose, blutige Unterdrückung des Ausbaus der Menschenrechte und der Demokratie" usw... Doch es stellt sich die Frage, nach Betrachtung der Entwicklung der chinesischen Widerstandsbewegung, ob ein solches Vorgehen nicht zu erwarten war, oder allgemeiner formuliert, ob es nicht eine Eigenschaft eines jeden Staates ist, systemkritischen, oppositionellen Tendenzen entschlossen und brutal entgegenzutreten?

Ungefähr eineinhalb Monate liegen zwischen dem Aufkommen der chinesischen Widerstandsbewegung und dem blutigen Versuch zur Zerschlagung dieser. Die StudentInnen waren, wie so oft, der Motor der Bewegung; sie stellten Forderungen auf, weiteten die Widerstandsbewegung auf ArbeiterInnen und JournalistInnen aus. Sie sprachen offen die Unzufriedenheit vieler Leute mit dem korrupten chinesischen System aus. Und es waren auch die StudentInnen, die zum Großteil dem Massaker zum Opfer fielen, und jetzt mit Repressionen konfrontiert sind.

Zuerst waren die Forderungen noch allgemein und vorsichtig formuliert, und die Vorgehensweise der StudentInnen war gewaltlos und systembejahend (naja, Anm.d.Korrekturlesers). Es wurde auch ein Einlenken der chinesischen Führung auf ihre Forderungen erwartet.

Doch im Verlauf der Entwicklung stellte sich die Widerstandsbewegung auch als eine konsequente, starke Opposition dar. Sie versuchte auf gewaltlosen Wege die Soldaten der "Volksbefreiungs"armee für sich zu gewinnen, den Einmarsch der Armeetruppen zu verhindern, oder ihren Forderungen mittels massenhaften Hungerstreiks Ausdruck zu verleihen.

Aber nach dem Massaker, für das der harte Flügel um Deng Xiaoping und Li Peng verantwortlich zu machen ist, radikalisierte sich die Bewegung. Die Forderungen wurden konkreter, Armeefahrzeuge wurden angegriffen, und es gibt Gerüchte, daß sich StudentInnen bewaffnen.

Das Massaker vom 4. Juni ist jedoch nicht als Höhepunkt des Versuchs der Zerschlagung der Widerstandsbewegung zu sehen, sondern als dessen brutaler Startschuß. Wahrscheinlich wird die Verleumdungskampagne gegen die Widerstandsbewegung weiter andauern (z.B. die Beurteilung der Bewegung als konterrevolutionär). Und die Ver-

folgung der "Drahtzieher" wird noch lange nicht zu Ende sein.

Die Verfolgung der Leute, die sich am Widerstand beteiligten, wurde ab dem Zeitpunkt forciert, als die Machthaber sahen, daß sich die Protestbewegung ausbreitet und an Schlagkraft gewinnt. Zuvor wurde versucht, die Bewegung zu befrieden, sie kalt zu stellen. So nach der Taktik etwa, entweder ihr fügt euch dem Druck der Herrschenden, oder euer Widerstand wird zerschlagen. Letzteres fand statt, und das war auch zu erwarten. Wer sich der herrschenden Meinung in den Weg stellt, oder sie nur kritisiert, läuft Gefahr Repressionen ausgesetzt zu sein.

Und diese Vorgehensweise wird auch in den westlichen (und nicht nur in diesen) Staaten angewandt. Der Widerstand soll in das System eingebunden oder zerschlagen werden. Und wenn die westlichen Staaten die Vorgehensweise der chinesischen Führung kritisieren und bedauern, so soll das nur zeigen, wie liberal die westlichen Demokratien sind. Doch jeder, wirklich jeder Staat, wird so oder so ähnlich handeln, wenn seine Existenz am Spiel steht. Die Vorgehensweise ist immer dieselbe, nur anders.

Wien: Überrollt Ringstraßenblockade gegen EG-Beitritt

Aus Protest gegen den EG-Beitritt wurde am Morgen des 9. Juni die Wiener Ringstraße auf der Höhe des Parlaments kurzfristig von mehreren AktivistInnen blockiert. Mit dabei waren auch mehrere abgestorbene Bäume, die die nachteiligen Folgen des über Österreich laufenden Nord-Süd-LKW-Verkehrs dokumentieren sollten.

(tb)
Eine mitgebrachte Walze aus LKW-Reifen, die die EG darstellte, und die immer wieder in die Blockade rollte, veranschaulichte spielerisch, wie Österreich tagtäglich vom Transitverkehr - und von der EG überhaupt - überrollt wird. Die Auswirkungen auf den Wald wurden durch mitgebrachte abgestorbene Bäume gezeigt.

Wohl propagiert mittlerweile selbst die Bundesregierung, allen voran BM Streicher und BK Vranitzky, die Verringerung des Straßengüterverkehrs als hohes Ziel; doch nicht zuletzt der Weiterbau der A9 (Pyhrn-Autobahn) - für die ein gleich großes Verkehrsaufkommen wie schon heute auf der Brennerroute prognostiziert wird - entlarvt diese Aussagen als reine Lippenbekenntnisse. Der Ausbau der Pyhrnroute wird die Lasterlawine im Transit von derzeit etwas mehr als 200 000 LKW pro Jahr auf 500 000 anschwellen lassen. Die für innerösterreichische Verhältnisse weit überdimensionierte Autobahn ist ein weiteres Geschenk an die EG, die sich eine durchgehende Autobahn bis Griechenland wünscht.

Am Beispiel der Brennerautobahn lassen sich die Auswirkungen einer schon bestehenden EG-Transitachse auf den Wald abschätzen. Das Gütertransitverkehrsaufkommen auf dieser Strecke beträgt 14,8 Mio t jährlich, den Großteil davon nimmt der EG-Verkehr ein. Zur dadurch verursachten Schadstoffsituation spricht eine bisher unveröffentlichte Studie eine klare Sprache:

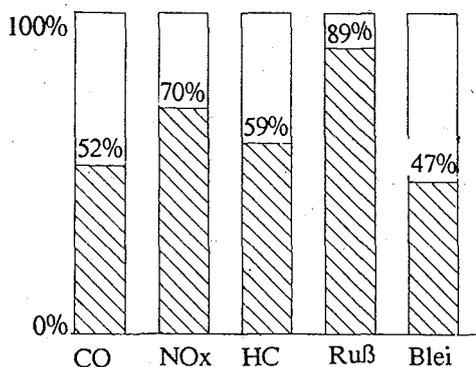
Auf der Autobahn Kufstein-Brenner werden pro Stunde 1091,3kg Kohlenmonoxid (CO), 900,1kg Stickoxide (NO_x), 273kg Kohlenwasserstoffe (HC), 19kg Ruß und 0,85kg Blei aus-

gestoßen. Pro Jahr ist das eine Gesamtmissionsmenge von 19 690t, wobei zu beachten ist, daß die einzelnen Schadstoffe von sehr unterschiedlicher Toxizität sind.

Würde man/frau diese Schadstoffe auf LKWs aufladen, so ergäbe sich eine Kolonne von 1000 LKWs (38t zuläßiges Gesamtgewicht). Davon gehen 600 Lastwagen voll giftiger Emissionen auf Kosten des Personen- und Gütertransitverkehrs. Prozentuell ausgedrückt verursacht somit der Transitverkehr auf der Brennerroute

- 52% der CO-Emissionen
- 70% der NO_x-Emissionen
- 59% der HC-Emissionen
- 89% der Ruß-Emissionen
- 47% der Blei-Emissionen

Schadstoffemissionen aus dem Transitverkehr



CO beispielsweise spielt, von seiner Atemgift-Wirkung abgesehen, eine Rolle als Reaktionspartner bei der Bildung von Photooxidantien (zB Ozon). Aus 1 Teil CO kann ein Teil Ozon entstehen.

Stickoxide sind Atem- und Reizgifte, Kohlenwasserstoffe haben unterschiedliche gesundheitsschädigende Wirkungen, darunter sind krebserregende und erbmasseverändernde Substanzen. Stickoxide und Kohlenwas-

serstoffe sind die wichtigsten Reaktionspartner für die Bildung von Photooxidantien, die extrem pflanzenschädigend wirken. Ruß bewirkt Sichtbehinderung und Geruchsbelästigung; darüber hinaus lagern sich Giftstoffe an die Rußpartikel an und diese sind dann auch krebserregend. Blei schließlich wirkt rund 5000 mal giftiger als CO auf den Menschen, hemmt die mikrobielle Tätigkeit im Boden und ist für die Pflanzen hochtoxisch.

Diese und unzählige andere Gründe veranlaßten also die AktivistInnen am 9. Juni um 9.15 Uhr die Ringstraße zu blockieren. Eine vergleichbare Aktion hat schon am 1. März dieses Jahres stattgefunden (vgl TATblatt-minus-95-nummer). Diesmal jedoch sollte nicht nur die Transitproblematik, sondern die EG als ganzes Gegenstand der Protesthandlung sein.

Die Polizei reagierte weitaus härter als im März. Anstatt wie damals die DemonstrantInnen wegzutragen, befahl Einsatzleiter Neugeborn nach der Aufforderung, sich doch aufzulösen, sofort die Einkesselung der AktivistInnen, die auch größtenteils geglückt ist. Nur wenigen gelang die Flucht. Die anderen wurden in einem Kessel zum Volksgarten abgedrängt und erst nach Aufnahme aller Personalien wieder freigelassen. Ein Demonstrant hatte sich während der Polizeiaktion auf den Boden gesetzt, wobei ihm ein Polizistenfuß derartig unglücklich gestreift hat, daß der Aktivist sogleich wegen schwerer Körperverletzung und Widerstands gegen die Staatsgewalt festgenommen werden mußte. Er wurde aber noch am selben Tage wieder freigelassen. Zumindestens der Vorwurf der schweren Körperverletzung dürfte mangels Verletzungen des Körpers des Polizisten nur schwer aufrecht zu erhalten sein.

Miserable Situation der Jugendzentren in Österreich

(tb-graz/arge öst.jugendzentren und initiativgr.)

Daß Ministerin Flemming auch für den Bereich "Jugend" und nicht alleine für die Umwelt in der Bundesregierung zuständig ist, fällt kaum auf. Kein Wunder, da ja diesbezüglich kaum etwas geschieht. Sollte aber, meint nicht nur die Arbeitsgemeinschaft österreichischer Jugendzentren und Initiativgruppen. Diese versucht seit dem Amtsantritt von Flemming bei ihr einen persönlichen Termin zu bekommen - vergeblich. Bei einer Enquete der Bundesregierung zum Thema Bildung brachte die Arge ihre Forderungen und ihre Einschätzung der österreichischen Jugendpolitik. Während in Finnland die Jugendzentren mit 800 Millionen, in Dänemark sogar mit 1,5 Milliarden Schilling gefördert werden, müssen in Österreich die Zentren betteln gehen (mit Ausnahme des überbürokratischen Vereins Jugendzentren der Stadt Wien, dessen Geschäftsführung regressive Politik ausübt). In Österreich werden Konsum- und Vermarktungskultur mit Milliarden subventioniert; hochkulturelle staatliche Ansuchen der Jugendzentren werden zwischen Bund, Ländern, Stadtverwaltung und Gemeinden herumgeschoben, bis letztendlich die Unzuständigkeit geklärt wird.

Schlimmer noch! Es wird mit Gewalt reagiert, beispielsweise bei den Räumungen des Jugendzentrums Akts in Innsbruck, bei der Aegidi- und Spalowskygasse in Wien, aber auch bei

einer Menge unbekannter Aktionen gegen Jugendliche, die nach neuen Kultur-, KOMmunikations- und Lebensformen suchen.

Die Arge fordert unter anderem: Errichtung einer Akademie für Sozialpädagogik und soziokulturelle Animation; ein Jugendförderungsgesetz, das

eine ausreichende Förderung der offenen Jugendarbeit, insbesondere der Jugendzentren, der außerschulischen Bildung und der Jugendkultur beinhaltet; eine moderne und soziale Politik, die Innovation und neue Projekte zuläßt, statt Regression und Repressalien; die Förderung der Arge.

Internationales Jugendtreffen in Graz

(tb-graz)

Anfang Juni fand in Graz ein erstmalig in Österreich abgehaltenes internationales Jugendtreffen statt. Veranstalterin war die EGYC (European Confederation of Youth Clubs), deren Mitglied auch die ARGE österreichischer Jugendzentren und Initiativgruppen ist. TeilnehmerInnen aus elf europäischen Ländern konnten sich eine Woche lang mit dem gestellten Themen "Gleichberechtigung" auseinandersetzen. Es wurde in vier Workshops gearbeitet. Obwohl der Begriff "Gleichberechtigung" nicht von vornherein auf Mann/Frau beschränkt war, ist dies in allen Gruppen als zentrales Thema behandelt worden. Im Handwerk-Workshop wurde mit Materialien vom Schrottplatz gearbeitet, um so unvoreingenommen zu sein. Von Shell, das die Apartheid unterstützt, bis zur "Mann-Frau-Problematik" wurde vieles dargestellt. In der Tanz- und Musikwerkstatt nahmen ausschließlich Frauen teil, was dann auch gleich zu Beginn des Workshops zur zentralen Frage wurde ("Warum

tänzen Männer nicht freiwillig?"). Wichtig dabei waren die Ausdrucksmöglichkeiten durch Körpersprache, Musik und Theater zu vereinen, nach dem Rythmus von Samba.

Im Theaterworkshop wurde mit Elementen aus dem Bewegungstheater, dem Forum-Theater und dem Theater der Unterdrückten gearbeitet. (Ein Konflikt wird dargestellt, das Publikum kann die Szene stoppen, kann Widerstand leisten). Mann/Frau lernte, sich durch Rollentausch in den/die andere zu versetzen. In der Fotogruppe ging es vor allem darum, wie mit Wahrnehmung, Fotografie, der Darstellung eines Ereignisses gearbeitet wird, da dies ja mit Gleichberechtigung bzw Manipulation direkt zusammenhängt.

Die ungewöhnliche Präsentation der Workshops bewirkte bei den meisten anwesenden JournalistInnen ein kurzes Aussteigen aus ihrem schlagzeilenartigen Denken.

Scheinerfolg in Graz

Was hat sich seit der Hausbesetzung im Jänner 89 getan?

(tb-graz)

Nachdem sich sämtliche Objekte (Sternegasse, Friedrichsgasse), die die Stadt angeboten hat, als ungeeignet oder als zu klein erwiesen haben, bleibt den Grazer AktivistInnen nichts anderes mehr übrig, als sich in ihrem Übergangsquartier Korösisstraße einzunisten. Sie haben versucht aus dem minimalen Wohnungsangebot und den begrenzten Möglichkeiten die die Korösisstraße bietet, das bestmögliche herauszuholen. Mit der Errichtung

einer Gemeinschaftsküche, der Ausgestaltung der Zimmer und des Hofes haben sie sich einen einigermaßen passablen Lebensraum geschaffen. Diese an und für sich gute Nachricht soll aber nicht darüber hinweg täuschen wie beschissen die Situation wirklich ist.

Da wartet nun eine Gruppe, die bereit ist, viel Arbeit in sinnvolle Projekte hineinzustecken, seit einem halben Jahr auf die Einlösung der Verspre-

chen, die von Messner, Stingl und Co zugesichert wurden. Dieser Frust wirkt. Leider geht dieser Frust an den AktivistInnen nicht spurlos vorüber und so wird ununterbrochen pleniert und wertvolle Zeit und Kraft ziemlich unnötig vergeudet. Dennoch gibt es genug Kraft um zuerst sich selbst zu koordinieren und dann nach außen zu gehen um politische Projekte in die Hand zu nehmen.

Wien: Flohmarktfest verboten

(Tb)
Das von Grünen, KP, Hausgemeinschaft Ägidi/Spalo gemeinsam geplante Fest gegen die Absiedelung des Flohmarktes am Wiener Naschmarkt am 1. Juli wurde verboten. Dieses Fest sollte ursprünglich den Widerstand gegen die Pläne des ÖVP Bezirksvorstehers Pint (6. Bezirk) verstärkt an die Öffentlichkeit bringen.

Pläne deren Ziel es ist, einen touristInnengerechten Antiquitätenmarkt entstehen zu lassen und jenen Teil des Flohmarkts zu vertreiben, der für seine derzeitige Attraktivität sorgt - ein buntes Nationalitätengemisch, Freaks und Alternative, Alte und Junge aus der Umgebung, befreiter, lustvoller Handel.

Für Montag, den 12. Juni war eine Begehung des Veranstaltungsortes angesetzt. Ein Behördengroßaufgebot (siehe Kasten) schritt mit dem Anmelder den Parkplatz ab. Die Polizei gab

sich konzilient, das Verkehrsamt meinte "nicht günstig, aber vorstellbar", der Bezirksvorsteher des 6. Bezirks sandte gar einen Grün-Alternativen als Vertreter. Der Vertreter des 5. Bezirks, SP-Bezirksrat Ullmann, kam jedoch "mit dem Mandat, nein zu sagen". Er nannte Parkplatzprobleme und Lärmbelastung als Gründe für seinen Einspruch.

Eigenartig, das nicht die zuständigen Behörden diese Einwände vorbrachten, sondern ein politischer Mandatar. Dieses Vorgehen legt den Schluß nahe, daß nicht nur die ÖVP sondern auch die SPÖ an einer Änderung der derzeitigen Flohmarktsituation interessiert sind. Ein sauberes Wien, Wohnpark statt Flohmarkt. Dazu Bezirksvorsteher Pint: "Mittelfristig müßten Überlegungen angestellt werden, im Zuge der Gestaltung der Linken Wienzeile zu einem 'Wohnpark', einen anderen Standort für den Flohmarkt zu finden." In einem Inter-

view mit dem Falter meinte Pint ergänzend: "Mir ist es prinzipiell egal, was die im Rathaus denken, ich werde auf alle Fälle weiterhin gegen diesen Schmutz vorgehen."

Nach dem Verbot sahen sich Grüne und KP einem "riesigen Skandal gegenüber". Empörung über die Beschneidung des Versammlungsrechts und das Behindern der politischen Arbeit von Grünen und KP - Ratlosigkeit wie mit dieser neuen Situation umgegangen werden soll.

Schließlich einigten sie sich auf den "Dreistufenplan", ein Plan der die Mächtigen in dieser Stadt erzittern lassen soll.

- 1.) Pressekonferenz
- 2.) Protestkundgebung am 1. Juli
- 3.) das "große und harmonische Flohmarktfest" im September

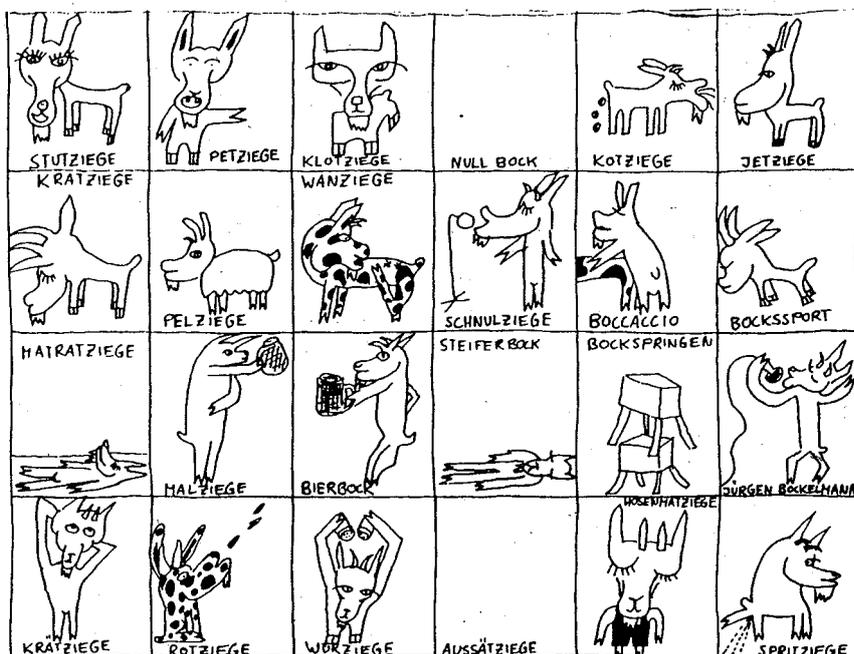
Straßenfeste in Graz: Menschen statt Autos

(tb-graz: gf)
Nach den Smog-Perioden im vergangenen Winter haben sich einige Umweltschutzgruppen in Graz die Rückgewinnung der Stadt zu einem menschenfreundlichen Lebensraum zum Ziel gesetzt. Eine gefundene Möglichkeit dafür waren Straßenfeste. Am 10. Juni fand in den Straßen um den Kaiser-Josef-Platz (gegen Ende einer Woche fast immer von Autos total überlastete Straßen) ein Straßenkulturfest statt. Weitere Feste werden folgen.

"Wir haben uns im Grazer Smog-Winter kennengelernt und möchte ganz einfache Lösungen aufzeigen und die Straße für die Menschen zurückgewinnen. Aber eigentlich ist es absurd, daß wir für die selbstverständlichsten Dinge der Welt, wie zB saubere Luft zum Atmen, Aktionen durchführen müssen. Autos dürfen unseren Bewegungsraum ständig einschränken und unsere Lungen und Nasen beleidigen,

aber wir müssen eine Kundgebung anmelden, damit wir vor der Haustüre in Ruhe auf einer Bank sitzen können!"

Junki Wehrmann:
Ziegen
Teil 3 ↓



Auf- oder Verklärung

Eindrücke und Gedanken von/zum Gentechnologiekongreß

(tb)
Was das folgende nicht ist: eine inhaltliche Zusammenfassung des Gentechnologiekongresses, organisiert vom Gen-ethischen Netzwerk (GeN) Österreich, stattgefunden in einem Hörsaal der Technischen Universität Wien, vom 26.-28.Mai.

Eher eine Auseinandersetzung mit dessen Form - aber nicht nur. Die unterschied sich kaum von dem eine Woche später am selben Ort tagenden Kongreß über flexible Automation in der Fertigungstechnik: Anmeldeliste, verschiedenfarbige Namenskartchen für KongreßbesucherInnen, Presse und VeranstalterInnen, Informationsmaterial in Flügelmappen geordnet á 50S, eigene Informationsmappen und Anmeldeschalter für die Presse - und natürlich ein (alternatives) Büffet. Aber selbst die Waldviertler Naturkost konnte nicht das Schrumpfen der KongreßzuhörerInnen - KongreßteilnehmerInnen wäre eine Sprachverfälschung - von geschätzten anfänglichen 150-200 auf ca. 50 - aus zweiter Hand, da selbst nicht mehr anwesend - verhindern.

Aber war der Kongreß denn für die im Hörsaal Anwesenden bestimmt? War er nicht von vornherein - samt Anwesenden - für die Öffnungen der ORF-Kameras und Mikrofone konzipiert? Medienpräsenz ist fast alles! Eine gute Presse der Rest. So erklärt sich auch die Wahl des Moderators am ersten Tag: Dr. Weiner, Journalist des "Standards" - wohl als Garant für eine Diskussion mit hohem Standard - zumindest in der Berichterstattung. Doch konnte auch er trotz redlichem Bemühen den Vorfall nicht verhindern, der für einige Minuten die friedliche Seriosität der Veranstaltung gefährdete:

Am Podium saßen gerade Dr. Birnstiel, Direktor des Inst. f. molekulare Pathologie (IMP), auch "Wiener Genzentrum" genannt, Dipl. biol. Ruben Scheller, Dr. Karin Gruber, Umweltreferentin der Grünen in Nordrhein-Westfalen, Dr. Hohlfeld, Sozialwissenschaftler und eben Dr. Weiner. Begonnen hat's mit einer "ordentlichen" Wortmeldung aus dem Publikum - "or-

dentlich", d.h. Dr. Weiner erteilte der Frau das Wort, und sie bekam das drahtlose Mikrofon. Die Frage an das Podium, insbesondere an Dr. Birnstiel lautete: "Wie stellen Sie sich die (zum Teil von ihm verbal eingestandene) "demokratische Entscheidungsfindung" vor; auf den Ebenen: a) Risikoabschätzung, b) Welches Risiko sind wir bereit zu tragen, c) Und für welchen Nutzen?"



Dr. Birnstiel bat die Frage zu wiederholen, die Verständigung sei schlecht. Die Frau wiederholte die Frage. Birnstiel verstand noch immer nicht. Zwischenrufe unmittelbar vor Birnstiel werden laut: "Er hat's sehr wohl verstanden, er will nur ablenken." Dr. Weiner fordert Disziplin, und er ist im akustischen Alleinbesitz der Lautsprecheranlage. Prof. E. Wintersberger, Inst. für Molekularbiologie Wien, Präsident der österr. Ges. f. Gentechnologie und Genetik, Angehöriger der Vorgängerrunde am Podium, jetzt im Auditorium, steht auf, mit rotem Kopf, will etwas klarstellen. Frau Prof. U. Wintersberger meint: "Geh laß's." Und er setzt sich.

Inzwischen entschließt sich Weiner doch das Funkmikrofon für eine Kurzmeldung (Weiner: "So haben wir's ausgemacht.") einer Aufbegehrenden zu überlassen. Die kündigt, die von ihr nicht geschlossene Abmachung und erzählt von Schikanen, die das IMP errichtet, um jede Information was drin gemacht wird auch drin zu behalten. Birnstiel: "Sie können uns jederzeit besuchen." - "Und was ist mit dem Zettel, den jeder Besucher zu unterschreiben

hat, worin er sich verpflichtet Gesehenes und Gehörtes nur nach Rücksprache mit dem IMP journalistisch zu verarbeiten?"

Prof. E. Wintersberger steht wieder auf, mit noch röterem Kopf, und verläßt den Saal. Weiner meint es sei genug und entzieht das Mikrofon. Birnstiel ladet alle Interessierten zu einer Führung durchs IMP ein; am 30.Mai, 14 Uhr. Auch verweist er auf einen Stoß mitgebrachter Hochglanzbroschüren für besonders Informationshungrige. Als ihm dann ein undankbares "Da steht nichts drin!" entgegenhallt, ist es auch für ihn zu viel, und er geht - trotz Bitten und Flehen Dr. Weiners. Zurück bleibt der Stoß Hochglanzpapier mit schönen Fotos von Architektur des IMPs und der Crew um Dr. Birnstiel.

Nicht lange, denn das Schauspiel ist noch nicht zuende. Es folgt der aufklärteste Teil: Aus dem Publikum stehen Leute auf, gehen zielstrebig auf den Stoß Hochglanzbroschüren zu, nehmen je eine, und verlassen mit ernstem Gesicht den Saal (ich saß in einer der letzten Reihen). Dr. Scheller, vom GeN als Kritiker der Gentechnologie gehandelt, sinngemäß (der genaue Wortlaut ist mir entfallen): "Schaut was ihr angerichtet habt. Vor ein paar Jahren wäre so jemand gar nicht hergekommen." - Die Unruhestifterinnen, ohne Mikrofon: "Der benützt die Veranstaltung noch als Werbung. Außerdem ist's ziemlich belanglos was ihr da vorne diskutiert; was zählt sind Machtverhältnisse, nicht die besseren Argumente."

Weiner, die Trauer über Birnstiels Abgang noch nicht ganz überwunden, demonstriert die akustischen Machtverhältnisse und beschwört den akademischen Boden, Scheller die großteils vernünftige Frauenbewegung. Darauf: "Bei welcher bist du?!" - Scheller: "Aber mancher ist jeder der'nen Schwanz hat ein rotes Tuch." - Akademischer Beifall (Knöchelklöpfen). - Kaffeepause.

So etwa - etwas verkürzt - spielte sich jener Vorfall ab, der etwas Licht in den

muffigen Saal brachte. Und der meinen Ärger etwas dämpfte, einen schönen Nachmittag dort verhockt und mich mit Bekanntem berieseln gelassen zu haben: Mögliche Auswirkungen und Risiken der Gentechnik, Beklagen der Zusammensetzung von Kommissionen, Forderungen - etwa nach dem Verbot der Freisetzung genmanipulierter Mikroorganismen, Pflanzen und Tiere; solange bis eine ökologisch fundierte Folgenabschätzung möglich wird (Forschungsgelder für die Ökologie).

Die Forderung überhaupt auf Gentechnik zu verzichten wird von niemanden am Podium erhoben. Dafür gibt's vorsorglich Argumente, warum ein Gentechnikstopp gar nicht möglich ist: Prof. Dr. Schweyen, Vorstand des Inst. f. Mikrobiologie u. Genetik Wien: "Ein Gentechnikstopp ist demokratisch nicht durchsetzbar." Dr. Ahringer, Bender&Co: "Keine Art kann auf die Chancen die ihr die Evolution bietet verzichten." Dipl. biol. Scheller: "Angesichts von Aids, Malaria und Hunger können wir es uns nicht leisten auf eine, allerdings kontrollierte Gentechnik, zu verzichten. - Machen sie das einem Aids Infizierten klar; oder einem Bluter, der zieht gentechnisch überprüfte Blutkonserven vor." Auch im Bereich Arbeitsplatz und -sicherheit sieht Scheller durchaus positive Anwendungsfelder der Gentechnik (Genomanalyse). - Sein persönlicher Standpunkt, wie er nachdrücklich betont. Allerdings verdient er seinen Lebensunterhalt damit, ihn durch Mikro's über Lautsprecher in Räume zu verbreiten. - Ein "kritischer" Kritiker. Ein "Linker" noch dazu: Der KSV lud ihn im April zu einem Vortrag über Gentechnologie ein, den er "historisch-dialektisch" mit dem Bierbrauen im alten Ägypten begann.

An "Auseinandersetzungen" am Podium kann ich mich nur an zwei erinnern: Die erste zwischen Dr. Birnstiel und Dipl. biol. Scheller: Scheller warf Birnstiel vor, die meisten Experimente im IMP auf Sicherheitsstufe P1 laufen zu lassen, obwohl die Sicherheitsstufe P2 kaum aufwendiger und doch weit sicherer wäre. Die zweite zwischen Dr. Ahringer und Harald Wosihnoj, Mitarbeiter des GeN-österreich: Ob nicht auch ohne Gentechnik Insulin mit selben Reinheitsgrad produziert werden kann.

Harald Wosihnoj auf die Frage, wie er sich die Einbindung der Bevölkerung in die Diskussion vorstelle, erinnert an die Volksabstimmung über Zwentendorf: "Da haben die Leute auch mehr geahnt als die Experten wußten." Und ich erinnere mich an unseren Klassenvorstand die sich vor uns entschuldigte, dagegen stimmen zu müssen, sie sei bei der Partei.

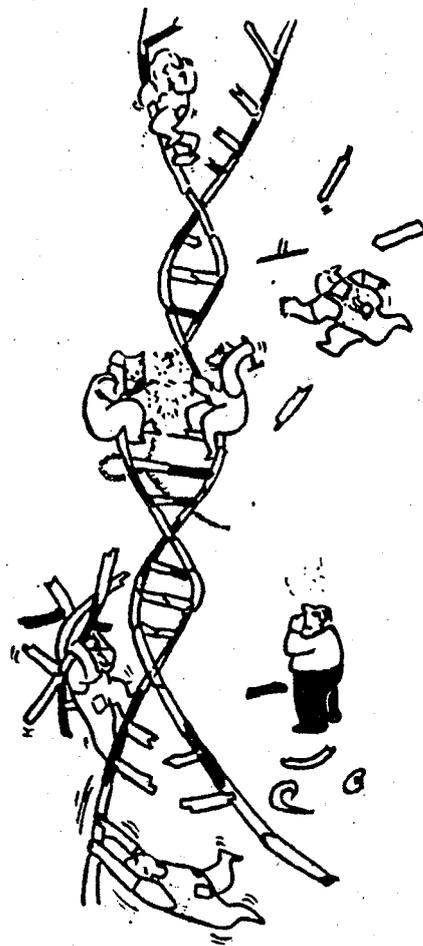
Aber konnte ich mehr erwarten? Der Untertitel des Kongreßprogramms: "Kongreß über die sozio-ökonomischen und ökologischen Folgen der Gentechnologie", hät's mir sagen müssen: Von Folgen ist die Rede, nicht von Mechanismen und Prozessen die die Gentechnologie fast unwiderstehlich vorantreiben. "Der Bioboom ist ausgebrochen", heißt's auf einer Pressemitteilung in der Infomappe. Eben. Eine Analyse erspart man sich. Stattdessen finden sich in der Mappe ein "Appell zur Vernunft beim Umgang mit gentechnisch veränderten Organismen" und da die "Industrie-Lobby ... sich bei der Abstimmung über Gentechnik-Richtlinien der EG gegen Umwelt- und Forschungsausschuß des EP (Europaparlament) durchsetzte, die Entrüstung: "Ihr Verhalten kann angesichts der Zukunftsentscheidenden Bedeutung dieser Gentechnik-Richtlinien nur als politisch verwerflich und unmoralisch bezeichnet werden."

Natürlich gebe ich ihnen recht und ich unterschreibe auch jeden derartigen Appell. Nur, ohne nach den Ursachen der Entwicklung zu fragen gibt's kein Begreifen, und ohne Begreifen keine Handlungsperspektiven. Es bleibt beim Beschreiben der Entwicklung - was aus den Labors überhaupt herausdringt -, Formulieren von Appellen, Forderungen und Entrüstet-Sein, das Bemühen um eine gutgesinnte Presse, und das Fürchten/Hoffen auf ein kleines Gen-Tschernobyl.

Wieder der Vergleich Gentechnik - Atomenergie. Am Kongreß öfter gehört, auch kritisiert, im Info-Material öfter gelesen. Ich halte ihn für nützlich: Beidemal beherrscht(en) naturwissenschaftlich-technische Argumente die Diskussion. GegnerInnen sahen und sehen die Hauptgefahren in möglichen Pannen, nicht am Erfolg. - Und das mögliche aus der Atomener-

gie (aus Atomspaltung) ist ausschließlich solchen Pannen zu verdanken und nicht etwa einer Einsicht über Machtverteilung und Abhängigkeiten und deren technologischen Begründung und Ausbau in einer Atomgesellschaft.

Bezeichnend dazu fand ich im Programm des letzten Kongreßtages zum Thema "Patentierung" dem Titel nach Referate mit dem weitesten Horizont: "Internationale Entwicklungen", "Auswirkungen auf die Bauern", "Auswirkungen auf die 3. Welt". Da verstellt die Naturwissenschaft noch am wenigsten die Sicht.



Meßwerte 17.5. - 13.6.1989

Bezeichnung	Herkunft	Erzeug.oder Ablaufdatum	Cs-137 in nCi/ kg(l)
Milch und Milchprodukte:			
MILCH AB HOF	Bezirk Zwettl	20.05.89	1.55
MILCH AB HOF	Bezirk Zwettl	26.05.89	3.03
MILCH AB HOF	2572 Kaumberg	26.05.89	0.05
MILCH AB HOF	Bezirk Zwettl	01.06.89	2.43
MILCH AB HOF	Bezirk Zwettl	05.06.89	1.28
MILCH AB HOF	Bezirk Zwettl	05.06.89	2.32
MILCH AB HOF	Bezirk Zwettl	09.06.89	2.28
MILCH AB HOF	Bezirk Zwettl	12.06.89	1.06
VOLLMILCH NÖM		19.05.89	0.09
VOLLMILCH NÖM		24.05.89	0.05
VOLLMILCH NÖM		31.05.89	0.09
VOLLMILCH NÖM		08.06.89	0.09
FLASCHENMILCH SCHÄRDINGER		27.05.89	0.10
FLASCHENMILCH SCHÄRDINGER		31.05.89	0.10
FLASCHENMILCH SCHÄRDINGER		08.06.89	0.09
FLASCHENMILCH MOLK.ZWETTL		13.06.89	0.15
BABYMILCH NÖM		17.05.89	0.01
BABYMILCH NÖM		22.05.89	0.01
BABYMILCH NÖM		30.05.89	0.01
BABYMILCH NÖM		07.06.89	0.03
BABYMILCH NÖM		12.06.89	0.01
TOPFEN ALPI MAGER		20.05.89	0.20
MAGERTOPFEN NÖM		18.06.89	0.03
BERGKÄSE		08.06.89	0.14
SCMELZKÄSE ALMA KRÄUTER LIGHT		04.10.89	0.36
SCHAFMISCHKÄSE	3353 Seitenstetten	5.89	0.11
SCHAFKÄSE	3264 Gresten	5.89	0.08
Sonstige Lebensmittel:			
SCHWEINEFLEISCH		5.89	0.07
ZIEGE INNEREIEN / JUNG 5561 Rauria		11.88	2.76
REHFLEISCH	9100 Völkermarkt		0.53
KIRSCHEN OHNE KERN 3411 Weidling		11.06.89	0.10
CAPPY SCHW.JOHANNISBEERSAFT		1.90	0.05
PREISELBEERKOMPOTT "NATURREIN" MEINL	90		0.24
WEICHSEL-LEICHT-KONFITÜRE MEINL			0.05
ERDBEERKONFITÜRE MEINL			0.06
HEIDELBEERKONFITÜRE EXTRAFEIN MEINL			0.11
PREISELBEEREN 2872 Schaueregg/Wechsel	88		0.48
SCHAFCHAMPIGNON 2640 Hilzmannsdorf	28.05.89		0.14
HONIG (WALD/BLÜTEN) 8451 Nestelberg	87		1.32
BLÜTENHONIG 3683 Yspertal	88		0.16
BROT ROGGEN/WEIZEN FA.SAMPERL	17.05.89		0.02
Sand, Erde, Kompost getrocknet:			
SPIELSAND 2000 Stockerau		5.89	0.08
SPIELSAND 4866 Unterach/Attersee		6.89	1.58
SPIELSAND 6712 Bludesch		6.89	0.21
HEU + LAUB (FÜR KOMPOST) 3400 Kloburg		5.89	1.68
KOMPOST 5020 Salzburg		5.89	15.02
GARTENERDE 1110 Wien		89	0.58
GARTENERDE 1210 Wien		4.89	2.30
GARTENERDE 5020 Salzburg		5.89	5.96
GARTENERDE 1 9100 Völkermarkt		5.89	1.45
GARTENERDE 2 9100 Völkermarkt		5.89	3.18
STAUBSAUGERSTAUB 1030 Wien		89	1.84
STAUBSAUGERSTAUB 1090 WUK/Meßstelle	4.-5.89		5.29
amtliche Grenzwerte:			
Babynahrung (genußfertig)		0.3 nCi Cs-137/kg (l)	
Milch und Milchprodukte außer Käse		5.0 nCi Cs-137/kg (l)	
Käse		16.0 nCi gesamt-Cs/kg	
Obst, Gemüse, Pilze u.Erzeugnisse daraus		3.0 nCi Cs-137/kg (l)	
Nüsse, Honig		16.0 nCi gesamt-Cs/kg	
Fleisch, Innereien (Schweine, Geflügel)		5.0 nCi gesamt-Cs/kg	
Fleisch, Innereien v. and. Tieren (außer Wild)		16.0 nCi gesamt-Cs/kg	
Kinder, schwangere und stillende Frauen sollten möglichst wenig belastete Lebensmittel verwenden, also solche, deren Aktivität unter 0.3 nCi Cs-137/kg oder l Probe liegt.			
Allgemein gilt: Als Grundnahrungsmittel sollten keine Nahrungsmittel verwendet werden, deren Aktivität mehr als 1 nCi Cs-137/kg (l) Probe beträgt.			
Gamma-Strahlenmeßstelle			
Währingerstraße 59/WUK			
1090 Wien			
Tel.:48 22 89			

Termine:**Proteste gegen EG-Beitritt**

*23. Juni; 16 Uhr; Wien 1, Stock-im-Eisen-Platz
Kundgebung der "überparteilichen Plattform NEIN zur EG"
Anschließend Demonstrationzug zum Ballhausplatz und Übergabe einer Protestresolution gegen den "Brief nach Brüssel"
Es sprechen: Univ.-Prof. Gerhard Jagschitz, Univ.-Prof Alfred Haiger, Helmut Schuffel, Mag Lorenz Glatz

*24. Juni; 14.30; Wien 1; Ballhausplatz
Öffentliche Übergabe der Protestunterschriften der "Jugendplattform gegen EG"
Ab 15 Uhr:
Protest-Fest im Volksgarten (gegenüber Parlament)
VeranstalterInnen: SOAL, SJ, KJÖ, ARGE ZD, Basisgruppe BOKU, SCI, Zusammen u.a.
geplant sind Infotische, "Markt der Möglichkeiten", Auftritte von vielen Leuten aus Kultur und Politik (das übliche halt)
in Planung: Am Tag der Beschlußfassung (27.,28. Juni?)
Großdemo vor dem Parlament

geGENschlag

Frauenveranstaltung zu Bevölkerungspolitik und Gentechnologie
(nur Frauen!)

Freitag und Samstag 23./24. Juni 1989

Frauzentrum; Wien 9, Währingerstraße 59

Programm:

Freitag, 23.6.:

14.00 bis 19.00 Videofilme zum Thema

20.00 Podiumsdiskussion: Bevölkerungspolitik und Gentechnologie

Mechthild (Genarchiv Essen), Aurelia Weikert (FIRNRAGE Österreich), Gudrun Hauer (HOSI Wien), Anna Vobruba (ehem Frauenberatung), Susan Zimmermann

Samstag, 24.6.:

Arbeitskreise:

10 bis 13 Uhr:

a) Gemeinsamkeiten und Brüche zwischen "fortschrittlicher" und direktrepressiver Eugenik (Susan Zimmermann)
b) Naturwissenschafts- und Technologiekritik (Mechthild, Genarchiv Essen)

15 bis 18 Uhr:

a) Bevölkerungspolitik im internationalen Kontext (Aurelia Weikert)

b) Selbstbestimmung (Susan Zimmermann)

18.30: Berichte der Arbeitskreise

21 Uhr: FEST

Montag, 26. Juni 1989: 19 Uhr; Republikanischer Club-Neues Österreich Wien 1, Rockhgasse 1

Die Norikum-Affäre

mit Peter Pilz und Ditas Amry

Donnerstag; 29. Juni; 18 Uhr; Kongreßhaus; Wien 5, Margareten-gürtel

Solidaritätsfest für Ingrid Strobl

mit:

Lukas Resetarits, Käthe Kratz, Alfred Hrdlicka, Otwald John, Helmut Kurz, Waltraud Kutschera, Elfriede Gestl, Eva Dite, Arthur West, Elfriede Jelinek, Marie Therese Kerschbaumer, Peter Turrini u.a.

(Änderungen vorbehalten)

Freitag 30. Juni; 18.30 Uhr oder Samstag 1.Juli; später Nachmittag in Klagenfurt/Celovec (wir haben da zwei unterschiedlich lautende Ankündigungen für ein und dieselbe Veranstaltung bekommen)

"Kulturpolitische Manifestation anlässlich der Wahl Jörg Haider zum Kärntner Landeshauptmann"

Zürich: "Kriegsmäßiger Abbruch"

(WoZ)

Anfang dieses Jahres hat die Zürcher Häuserbewegung den Wohnungsnotstand ausgerufen (siehe Tb-92). Insgesamt sechs von Räumung bedrohte Hausgemeinschaften gingen in Auszugsboykott; mit regelmäßigen Demonstrationen sollte die Stadtverwaltung zu einer Reaktion gebracht werden. Die kam Mitte Mai - und unterschied sich nicht nennenswert von denen anderer Städte. Beim Abbruch der Häuser Zweierstraße 47 und 49 wurden durch eine einstürzende Mauer eine Frau und ein Mann schwer verletzt, letzterer, der Bauleiter, starb später an Verletzungen.

Gemeinsam mit den Linksparteien POCH, PdA und SAP veröffentlichte der Häuserrat Ende Mai eine ausführliche Dokumentation und den Aufruf "Wir wollen, daß sie aufhören". Sie werfen der Polizei und den beteiligten Baufirmen vor, "auf fast alle sonst üblichen Sicherheitsvorkehrungen verzichtet" zu haben. So fehlten jegliche Absperrung des Hinterhofes oder Maßnahmen, um die Staubentwick-

ung einzudämmen. Und selbst nachdem eine Mauer im Hof "in eine nicht vorhergesehene Richtung" (Polizeibericht) einstürzte und zwei Menschen unter sich begrub, wurden die Abrißarbeiten unter Polizeischutz - bzw auf polizeilichen Befehl - fortgesetzt. "Kriegsmäßigen Abbruch" nannte das ein bei diesem Einsatz beschäftigter Arbeiter.

Nun droht einer weiteren Hausge-

meinschaft, der Ankerstraße 124, eine polizeiliche Räumung. Seit 1. April sind 15 BewohnerInnen in Auszugsboykott; dieser Tage soll ihnen der definitive Ausweisungsbeschuß, also so etwas wie eine Räumungsklage, zugestellt werden. Bis jetzt haben allerdings die Einschüchterungsversuche der Stadt wenig gefruchtet; die Hausgemeinschaft will alles versuchen, um ihr Haus behalten zu können.

Zürich: Gummigeschoße und Tränengas gegen "Specki-Auflauf"

(megaphon; unter Berufung auf NZZ)

Donnerstag, 25. Mai, 19 Uhr: Ca 400 Leute fanden sich auf dem Hirschenplatz zum "Riesenauflauf" ein. Unter anderem wurde ein "Räumungsstopp besetzter Häuser" und ein "Baustop" gefordert. Gegen Spekulation, Stadtzerstörung und den "patriarchalen, kapitalistischen Staat" wurde demonstriert. Ein Transparent wurde aufgespannt und gegen 19.40 Uhr begannen die Leute auf mitgebrachten Fässern

zu trommeln. So um 20 Uhr zog die Demo zum Limatquai hinunter über die Rathausbrücke und durch die Storchengasse. Als die Demo zum Münsterhof ging, setzten die Polizei-Streitkräfte massiv Gummischrot ein und trieben die Demo mit mehreren weiteren Einsätzen den ganzen Weg, den sie gekommen waren zurück. 2 Leute wurden festgenommen. Gegen 20.30 Uhr löste sich die Demo auf.

Bern: Aktion Baustopp

(megaphon)

Bei einem "Sanierungsobjekt" in Bern verschwanden unlängst alle für die schleichende Sanierung vorgesehenen Türen, samt den dazugehörigen Rahmen. In einem BekennerInnen-schreiben bekannte sich eine "Aktion Baustopp" zu dieser Tat und erklärte sie mit mehreren grundsätzlichen Kritikpunkten an der herrschenden "Sanierungspolitik". Die Liegenschaftsverwaltung der Stadt Bern mag darüber verwundert gewesen sein. Leider konnte die "Aktion Baustopp" mit den Türen allerdings nichts anfangen und brachte sie schließlich "mit bestem Dank zurück."

El Salvador: Christiani gibt sich moderat

(apia; gek)

San Salvador gleicht in diesen Tagen einer Stadt im Belagerungszustand: die schwerbewaffneten Soldaten in Tarnuniform sind allgegenwärtig, Militärhubschrauber ziehen knatternd ihre Kreise. Die Regierung wollte mit aller Macht verhindern, daß der Festakt am 1. Juni von der Guerilla gestört würde. Dennoch gelang es den RebellInnen, 90 Prozent des Landes und der Stromversorgung abzuschneiden, sodaß die SalvadorianerInnen die Amtsübergabe von Napoleon Duarte an Alfredo Cristiani, die über alle TV-Kanäle live übertragen wurde, bestenfalls über Transistorgeräte mitverfolgen konnten.

Im Betonpavillon des Messegeländes, wo die feierliche Vereidigung stattfand, hatte nur eine erlesene Schar geladener Gäste Platz. Als einzige Staatsschefs waren die Präsidenten von

Costa Rica, Honduras und Guatemala erschienen. Nicaraguas Daniel Ortega ließ sich durch den Geschäftsträger vertreten - er hatte keine förmliche Einladung erhalten. Einzig die autoritären Regimes von Taiwan, Paraguay und Chile, aber auch "Israel", Mexiko und die Dominikanische Republik hatten höherrangige Delegationen entsandt. Und war vor fünf Jahren zur Angelobung von Napoleon Duarte noch George Bush persönlich eingeflogen, so mußte Christiani mit dem republikanischen Senator Richard Lugar als Abgesandten Washingtons vorlieb nehmen. Auch Erzbischof Rivera y Damos zog es vor, dem Staatsakt fernzubleiben. Den Segen spendete Bischof Romeo Tovar, ein bekannter Sympathisant der Rechten. Dafür fand sich unter den restlichen Geladenen die Creme der zentralamerikanischen Rechtsextremen und der Großunternehmer...

Bundesrepublik Deutschland: Fünf Jahre gegen Ingrid Strobl

Die politische Justiz hat zugeschlagen. Womit niemand so richtig rechnen wollte und was trotzdem ständig in den Hinterköpfen rumorte: Ingrid Strobl wurde verurteilt. Ein Weckerkauf und eine politische Anschauung reichen aus, um fünf Jahre Knast zu rechtfertigen.

(tb/p)

Wie zu erwarten war, ist das Gericht der Diktion der Anklage weitestgehend gefolgt. Trotz wiederholter Widersprüche erklärte der Senat sämtliche Zeugenaussagen, insbesondere jene der Beamten des Bundeskriminalamtes, für "zuverlässig" und beweiswürdig, in weiterer Folge auch das "Weckerprogramm". Fehlerquellen in Verpackung und Numerierung wurden als "nach menschlichem Ermessen" ausgeschlossen kategorisiert, eine Vertauschung sei nur "abstrakt denkbar". Im besten Sinn politischer Vorverurteilung wertete das Gericht Ingrid's Verhalten als Indizienbeweis für ihre Beteiligung an Anschlägen der Revolutionären Zellen.

Das österreichische Außenministerium -- das zu Ingrid's Prozeß einen Prozeßbeobachter entsandt hat, der sich

angeblich nach den ersten Tagen nicht mehr blicken ließ -- sieht sich außerstande, Stellung zu beziehen. Auch SPÖ-Abgeordnete Waltraud Horwath stärkt zwar den bundesdeutschen SozialdemokratInnen den Rücken, weiß aber offensichtlich nichts von deren politischer Verantwortlichkeit für den Repressionsparagrafen 129a. Erst recht nicht von der polizeilichen Zusammenarbeit über bundesdeutsch-österreichische Grenzen hinweg in 129a-Fällen wie Ingrid Strobl und Ali Sapan.

Für eine andere Überraschung sorgte der Stuttgarter III. Strafsenat im Prozeß gegen Uli Winterhalter. In den letzten beiden Verhandlungstagen schwenkte die Anklage von einer Verurteilung nach 129a ab; am 8. Juni wurde Uli wegen "Anstiftung zum Diebstahl" und ähnlichen Delikten zu

90 Tagen Haft verurteilt, die mit der bereits mehr als 200 Tage dauernden Untersuchungshaft abgegolten sind.

Einfluß dürfte dabei nicht zuletzt die teils beinahe zynische lokale Berichterstattung ausgeübt haben. Positiv ist das Ergebnis auch für die Personen, die mit Uli und Eva Haule Kontakt hatten und im Fall einer Verurteilung Uli's nach 129a mit einem Folgeverfahren zu rechnen hätten.

Am 29. Juni findet im Wiener Konzerthaus ein Solidaritätsfest für Ingrid Strobl statt. Aber die finanzielle Apartheid hinterläßt auch hier noch ihre Spuren: Nur wer mindestens 150 Schilling spendet, darf sich mitsolidarisieren. Der Zahlschein gilt als Eintrittskarte.



München: Gegen Atomprogramm und Repression

(tb/gr)

Daß sich mit dem Baustopp für die WAA Wackersdorf der westdeutsche Atomwiderstand noch nicht zur Nachtruhe begeben hat, dokumentierten am 3. Juni in München etwa 12.000 TeilnehmerInnen an der Kundgebung "Gegen Atomprogramm und Repression - keine WAA". Nicht gegen das bundesdeutsche Atomprogramm und schon gar nicht gegen Repression demonstrieren durften etwa 40 AtomgegnerInnen aus Wien - ihnen verweigerte der Freistaat Bayern die Einreise.

Daß der Erfolg in Wackersdorf bei näherer Betrachtung gar nicht so groß ist, wie er aussehen mag, machten mehrere RednerInnen vor der historisch so problematischen Münchener

Feldherrnhalle klar: Ein Vertreter des Widerstands in der Gegend von La Hague erinnerte daran, daß die für Wackersdorf vorgesehenen Brennelemente durch den Baustopp lediglich woanders bearbeitet würden, und zwar in einer Gegend, in der der Widerstand gegen die Atomindustrie in jeder Hinsicht erst am Anfang steht. Aber auch in der BRD ist die Auseinandersetzung nur an andere Orte verlegt worden, zum Beispiel nach Gorleben, wo ein Endlager und eine Konditionierungsanlage für hochaktiven Atom Müll geplant sind. Beide könnten, so eine Vertreterin der BI Lüchow-Danneberg, durch die deutsch-französische Kooperation zusätzliche Bedeutung erlangen - als ein zweites großes Standbein eines EG-Entsorgungskonzeptes.

Und letzten Endes werden auch die, harmlos formuliert, staatlichen Maßnahmen gegen die Anti-Atom-Bewegung nicht vergessen, geschweige denn einfach aufhören. Repression in der BRD ist eben wirklich "kein momentanes Unwetter, sondern die herrschende Großwetterlage", auch wenn der, der das sagte, erstmals bei einer Kundgebung in Bayern sprechen konnte, ohne daß sie deswegen verboten wurde, ein Vertreter der autonomen Frankfurter Gruppe Lupus.

Mal wieder: ÖsterreicherInnen an der Grenze abgewiesen

Auf dem Weg zur Kundgebung wurde einem aus Wien kommenden Bus am Bundesstraßengrenzübergang Walserberg von der bayerischen Grenzpolizei die Einreise verweigert. Begründung der Grenzer: etwa ein Drittel der Leute im Bus sei bereits bei Anti-WAA-Aktionen erfaßt worden und daher "einschlägig auffällig". Als Reaktion darauf blockierten die Abgewiesenen den Grenzübergang.

Nachdem es etwa zehn Minuten lang gelungen war, die Grenze vollständig zu blockieren, wurde auf "alternative Grenzabfertigung" umgestellt, d.h. die Autos wurden einzeln und nach Information über den Sachverhalt durchgelassen. Während der Großteil der AutofahrerInnen verständnisvoll reagierten, kamen einige Busfahrer mit der Situation eher schlecht zurecht. Namentlich einer versuchte, sich den Weg mit aller Macht seiner 300 PS freizukämpfen, gab aber doch noch auf, bevor es zu Verletzungen kam.

Im Gegensatz zu früheren Zurückweisungen österreichischer WAA-GegnerInnen warteten wir diesmal vergebens auf eine Reaktion von staatlicher Österreichischer Seite. Nicht einmal den Medien war der Vorfall berichtenswert (oder wenn, dann als Kürzestmeldung), lediglich der Bundesgrüne Geschäftsführer Pius Strobl meldete seinen Protest an.

München:

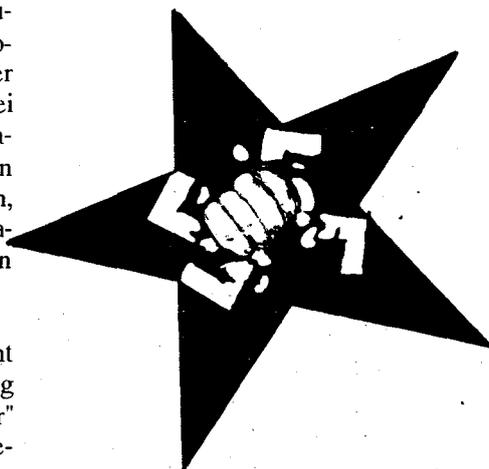
DVU-Kundgebung gestört

(tb/gr)

Zeitgleich zur Anti-Atom-Demonstration hielt in München die rechtsradikale Deutsche Volksunion/Liste D (DVU) eine Europawahlkundgebung ab. Unter den rund 2500 Anwesenden waren allerdings die AnhängerInnen des Redners, DVU-Vorsitzenden Gerhard Frey, eine ruhige und eher verschwindende Minderheit. Rund 2000 Personen störten Frey - unter anderem Inhaber der "Deutschen Nationalzeitung" und der "Deutschen Wochenzeitung", der im März 1987 zusammen mit führenden NPD-Funktionären die DVU gegründet und mit der NPD ein gemeinsames Antreten bei Landtags-, Bundestags- und Europawahlen unter wechselndem Namen vereinbart hatte - nicht nur akustisch, sondern auch mit Farbbeuteln, Paraisern und anderen werfbaren Dingen.

Von der Polizei wurden dabei nicht weniger als 21 Personen kurzfristig festgenommen, einer der "Anstifter" blieb für längere Zeit in Polizeigewahrsam. Aufziehende Bundesgrenz-

schutzeinheiten sorgten für eine weitere Beruhigung bis nach über zwei Stunden die Rede, die nur ein einziges Thema hatte: nämlich was die dösen AusländerInnen den armen Deutschen alles antun und wegnehmen, endete und sich Polizei, BGS und GegendemonstrantInnen zur nächsten Demo begaben.



Türkei: 300 politische Gefangene im Hungerstreik

(megaphon; gek)

In verschiedenen Gefängnissen in der Türkei ist wieder Hungerstreik. Die faschistische Regierung hat Mitte März mit erneuten massenhaften Festnahmen angefangen. Der Vorwand: 450 Menschen seien angeblich bei der Vorbereitung einer bewaffneten Aktion. Die wahren Gründe waren jedoch ganz andere, nicht zuletzt die sich von Tag zu Tag verstärkende Massenbewegung mit Streiks, illegalen Demonstrationen und Anschlägen. So zB nach dem blutigen 1. Mai in Istanbul, an dem sich ca 10 000 ArbeiterInnen, Angehörige, StudentInnen, BeamtInnen usw beteiligt hatten. Mehr als 1000 DemonstrantInnen wurden festgenommen, hunderte verletzt, ein Arbeiter erschossen.

Die seit Jahren kämpfenden Gefangenen werden von der Regierung als "Geiseln" behandelt, zur Bedrohung der gesamten revolutionären Bewegung.

Am 16. Mai wurden 400 politische Gefangene, die im Gefängnis Bayrampasa in Istanbul inhaftiert waren, mit der Begründung, man habe "einen Tunnel entdeckt", in das Spezialgefängnis Sagmalcilar in Istanbul verlegt. Noch in der gleichen Nacht griffen Gefängnisbeamte und Spezialeinheiten der türkischen Polizei die gerade verlegten Gefangenen an. Bei diesem Angriff wurden mehrere Gefangene krankenhaushausreif geschlagen. Von sieben weiteren Gefangenen fehlt bisher jede Spur. Die Angehörigen fürchten um das Leben dieser Gefangenen. Zahlreiche verletzte Gefangene wurden statt ins Krankenhaus in Einzelzellen verlegt,

Bücher, Kassettenrecorder, persönliche Gegenstände verbrannt oder beschlagnahmt.

240 von 400 Gefangenen wurden in ein anderes Spezialgefängnis nach Bartin verlegt. Dagegen gab es seitens der Gefangenen heftigen Widerstand.

In den Transportwagen wurden die Gefangenen zu zwanzigst oder zu mehr (bis zu 35!) für 12-13 Stunden ohne ausreichende Lüftung, und ohne Wasser und Essen, stehengelassen.

der Radios und der Instrumente, Aufhebung der unmöglichen Preiserhöhungen in den Gefängniskantinen u.a.m.

Am 17. Mai fand eine Protestkundgebung gegen das unmenschliche Vorgehen der türkischen Polizei und von Gefängnisbeamten vor dem Spezialgefängnis Sagmalcilar statt. Während dieser Kundgebung wurden die TeilnehmerInnen von türkischer Polizei überfallen, etwa 50 wurden verhaftet.



Danach wurden sie einzeln oder zu zweit in Zellen geschlossen. Rufe wie "Die Menschenwürde wird die Folter besiegen", "Wir werden die Verantwortlichen zur Rechenschaft ziehen" usw wurden von den Soldaten mit "Allah, Allah" beantwortet. Der Kommandant sprach immer von "Blut".

Aus Protest gegen diese faschistischen Maßnahmen haben die 300 politischen Gefangenen am 16. Mai einen unbefristeten Hungerstreik begonnen. Ihre Forderungen sind: Aufhebung jeglicher faschistischer Unterdrückung, Wiederauslegung aller politischen Gefangenen, Ersetzung der finanziellen Schäden, Rückgabe der persönlichen Sachen, Eröffnung eines Ermittlungsverfahrens gegen die Folter, anderes Gefängnispersonal, Hofgang, Besuchsmöglichkeit, Gespräche mit den Anwälten, Rückgabe

Die Angriffe auf Zivilpersonen und Gefangene zeigen erneut, was die Behauptung des türkischen Staates, er sei auf dem Weg zur "Demokratie", in Wahrheit wert sind.

Bei Kämpfen zwischen kurdischen bewaffneten Kräften und dem türkischen Militär sind am 26. Mai 33 Menschen ums Leben gekommen. Im Grenzgebiet zu Iran, Irak und Syrien hat es am 22. Mai die schwersten Kämpfe seit 1984 gegeben. Damals hat die Kurdische ArbeiterInnenpartei den bewaffneten Kampf begonnen. Die Armee gibt acht gefallene Soldaten an und spricht von einer neuen Guerilla-Offensive.

Verschwundene Gefangene in Mexiko

(apia; gek)

Mit seinem Versprechen, 400 Personen freizulassen, die aus politischen Gründen in Haft sind, gab Carlos Salinas de Gortari als erster mexikanischer Präsident zu, daß in Mexiko auch Leute verschwinden.

Eine Maßnahme ähnlicher Art, ohne jedoch auf das Verschwindenlassen von Personen einzugehen, hatte 1978 der damalige Staatschef Jose Lopez Portillo ergriffen, der 1 500 "Politische" freiließ und die Rückkehr von etwa 60 (u.a. in Kuba, Italien, Holland, und Schweden) exilierten MexikanerInnen gestattete. Sein Nachfolger Miguel de la Madrid hatte während seiner Amtszeit (1982-88) die Entlassungsscheine von etwa 300 politische Häftlingen unterzeichnet.

Im Unterschied zu seinen Vorgängern sprach de Gortari jedoch nicht von Amnestie, sondern von Begnadigung: die Gefangenen müssen also ihre Schuld an Tatbeständen, die ihnen die Regierung anlastet, einbekennen.

Die Freilassung von politischen Gefangenen ist keine Kehrtwende zu demokratischer Öffnung, sondern Ergebnis des Druckes, der seit etwa 15 Jahren von den Angehörigen der Gefangenen und Verschwundenen ausgeübt wird.

Eine der Protagonistinnen, die ihren Schmerz in permanenten Kampf umwandelte, ist die 62-jährige Rosario Ibarra de Piedra, die zweimal für die mexikanische Präsidentschaft kandidiert. Seit 1975, als ihr Sohn Jesus entführt worden war, ist die Ex-Abgeordnete einer Oppositionspartei und Kandidatin für den Friedensnobelpreis auf der unermüdlichen Suche nach ihm.

Die Hoffnung, die durch die Ankündigung des Präsidenten entstanden war, wurde bald enttäuscht, denn "er leugnet die Existenz von politischen Gefangenen". Von der Liste der etwa 2 000 Häftlinge, die ihm das Komitee zur Verteidigung der politischen Gefangenen und Verschwundenen, "Eureka", (deren Präsidentin Ibarra ist) vorgelegt hatte, waren schließlich

nur zehn entlassen worden.

"Vor 1978 hatte die Regierung geleugnet, daß es politische Häftlinge gäbe", erinnert sich Rosario Ibarra. "Durch den Druck im In- und Ausland und die Listen mit den Namen der Verschwundenen räumte Jose Lopez de Portillo plötzlich ein, daß in den Gefängnissen "Extremisten mit Hang zu Gerechtig-



keit" gäbe, und erließ das Amnestiegesetz.

APIA: Heute spricht die Regierung nicht von Amnestie, sondern von Begnadigung.

Rosario Ibarra: Richtig. Das ist auch keine Art, Leute zu behandeln, die für politische oder soziale Anliegen kämpfen. Begnadigungen hat der Diktator Porfirio Diaz (um die Jahrhundertwende) an seinen Geburtstagen ausgesprochen, um damit seine vermeintliche Allmacht zu demonstrieren.

Seit Feber will die Regierung etwa 400 Häftlinge freigelassen haben, die nächste Begnadigungsphase soll 500 betreffen. Wer die Begünstigten sind, wissen wir nicht. Vor einigen Wochen übergaben wir dem Innenminister Fernando Gutierrez Barrios eine Liste mit 1 000 Namen, in der Mehrheit Bauern und Bäuerinnen, die wegen Landproblemen teilweise seit mehreren Jahren inhaftiert sind. Von dieser

Liste sind nur zehn freigekommen. Guterrez selbst hat zugegeben, daß es etwa hundert politische Gefangene gibt.

APIA: "Eureka" hat auch denunziert, daß Leute verschwinden, wieviele und welche Beweise haben sie vorgelegt?

Rosario Ibarra: Wir fordern die Rück-

kehr von den 551 Verschwundenen, von denen wir wissen, daß sie in Geheimgefängnissen, Militärlagern, Marinebasen und Zellen des Staatssicherheitsdienstes sind.

Eine unserer wichtigsten Informationsquellen waren die 148 Verschwundenen, die wir in den letzten Jahren ausfindig machen konnten. Sie berichteten uns, unsere Kinder lebend in den Gefängnissen gesehen zu haben.

Beweise haben wir eine ganze Menge: Wir haben die Nummern der Petroullienfahrzeuge, die Namen der Polizisten, Generäle, Soldaten und Offiziere, die die Entführungen geleitet haben.

APIA: Wenn ihr soviel Beweise habt, warum unternimmt die Regierung nichts dagegen?

Rosario Ibarra: Weil die Regierung die Verbrechen deckt. Obwohl Salinas de Gortari kaum sagen kann, unter

seiner Amtszeit würden keine unliebsamen Personen verschwinden. Der Name des Präsidenten ist ein anderer, die Polizisten und Militärs sind weiterhin dieselben.

Wir wissen bereits von zwei Personen, die unter der Regierung Gortaris verschwunden sind: Am 18. Dezember des Vorjahres wurde in Cuautla, Morelos, Jose Ramon Gomez entführt. Es gab Augenzeuge, aber sie trauen sich nicht, zu sprechen. Jose Ramon ist Mitglied der trotzkistischen Partei. Er hat für die Gemeinderatswahlen kandidiert und den Wahlbetrug am Kandidaten der Opposition Cuahuctmoc Cardenas denunziert.

Die Denunzierung eines reuigen Sol-

daten, der im Februar in Kanada Asyl erhielt, ist ja bekannt. Zacharias Osorio Cruz erklärte vor den kanadischen Behörden, zwischen 1977 und 1982 an den Erschießungen von mindestens 80 Personen teilgenommen zu haben. Die Begründung hatte gelautet: "Sie sind dem Generalstab lästig." Obwohl der Ex-Militär Namen der Offiziere genannt hatte, wurde niemand verhaftet.

APIA: Was geschah mit dem Einspruch auf Rechtsmittelhilfe, oder Habeas Corpus, den sie vorgebracht haben?

Rosario Ibarra: Das Habeas Corpus-Recht ist in Mexiko nicht in Kraft. So wie unsere Kinder, sind auch die Kopien der Einsprüche und ganze

Akten verschwunden.

Von meinem Sohn zum Beispiel gibt es keine Zeugnisse mehr von seinen drei Jahren Medizinstudium an der Universität.

Die Angehörigen der Verschwundenen werden jedoch nicht schweigen: nach Straßenblockaden und Hungerstreiks organisierte das Komitee eine Karawane von Autobussen und PKWs. Am Muttertag, dem 10. Mai, endet der Zug in einer Massendemonstration auf dem Hauptplatz. "Lebend haben sie sie mitgenommen. Lebend wollen wir sie wiederhaben." Die Mütter flehten nicht, sie forderten.

Gambia: Der Flughafen von Banjul wird von der NASA Space-Shuttle-Flughafen

(zast)
Der Flughafen von Banjul (Yundum Airport) wird von der NASA zum "Space-Shuttle" Flughafen ausgebaut, womit eine permanente militärische US-Präsenz in Gambia verbunden ist. Die NASA entsandte bereits 60 TechnikerInnen und BeraterInnen nach Gambia. Mit diesem Ausbau wird der bisherige Landeplatz in Marokko (Benguerir Airport) seine Bedeutung einbüßen und aller Voraussicht nach zu einem konventionellen Militärstützpunkt umfunktioniert werden. Präsident Jawana bekam vom Präsidenten Bush bereits Wirtschaftshilfe in Aussicht gestellt. Gambia unterliegt seit 1985 einem vom IWF aufoktroiertem Strukturprogramm.

Nigeria: anhaltende StudentInnenunruhen

(zast)
Seit Mitte Mai anhaltende StudentInnenunruhen und Proteste gegen das "Strukturanpassungsprogramm" (SAP) von Weltbank/IWF, implementiert durch die Babangida-Militärdiktatur. Die Universität von Benin (Bendel State) ist seit dem 25. Mai geschlossen. In Benin-City kam es zu schweren Straßenschlachten zwischen StudentInnen und Polizei. Die StudentInnen befreiten 600 Gefangene aus dem örtlichen Gefängnis. Am 29. Mai gingen die StudentInnen von der Universität von Ibadan (Ote State) in den Solidaritätsstreik. Brutale Polizeimaßnahmen kosteten bereits mehrere Tote auf StudentInnenseite. Seit 2. Juni auch Solidaritätsstreik an der Logos State University (Lagos), University of Nigeria (Nsukka) und Obafemi Awolowo University (Ile-Ife), wo es zu schweren Straßenschlachten zwischen StudentInnen und der Polizei kam. die betroffenene Staatsgouverneure verhängten ein un-

befristetes nächtliches Ausgangsverbot; schwere Patrouilleneinheiten wurden an den zentralen Stellen massiert (Radiostationen, Bank of Nigeria und Regierungsgebäude).

Firma Grams&Co (Wien) Wein aus Südafrika

(anti-apartheid-bewegung)
Seit Jahren tut sich die Firma Grams&Co in Wien 1; Singerstraße 26 bei Bewerbung und Verkauf südafrikanischer Weine hervor, womit die Firma die Apartheidspolitik Südafrikas unmittelbar unterstützt.

Die südafrikanischen Weinfarmer zählen zu den extremsten Unterstützern des Regimes in Pretoria. Laut "Financial Times" erhalten die ArbeiterInnen auf den südafrikanischen Weinplantagen immer noch einen erheblichen Anteil ihres Lohnes nicht in Geld, sondern in Wein ausbezahlt!

"Israel", ein rassistisches Projekt

Interview mit Uri Davis

Uri Davis bezeichnet sich als palästinensischen Juden. Er wurde 1943 in Palästina geboren. 1965 wurde erstmals von der zionistischen Militär verhaftet. Heute leitet Uri das Institut für Jerusalem und Friedensservice in London; ist Autor mehrerer Bücher (sein letztes: "Israel - ein Apartheidstaat") Am 5. Juni war Uri Davis anlässlich einer Podiumsdiskussion zum Thema "Das Verhältnis der Linken zu Palästina und zum zionistischen Staat" in Wien. Wir haben diese Gelegenheit genutzt, vor der Veranstaltung einige Fragen an ihn zu richten.

Ein Interview mit einer palästinensischen Frau aus der Intifada, die ebenfalls an der Veranstaltung teilnahm, bringen wir im nächsten TATblatt.

(tb; autonome palästina-gruppe)

TATblatt: Die zionistische Bewegung hat weltweit Juden und Jüdinnen für sein rassistisches Projekt, "Israel", benutzt. Findest du es richtig, eine Religion als Grundlage zur Errichtung eines Staates zu nehmen?

Uri: Die Antwort ist ganz einfach: Nein, nein! Eine Religion kann nie die Basis für die Gründung eines Staates sein. Weder der Islam, noch das Christentum, noch das Judentum kann die Grundlage für die Errichtung eines Staates sein. Die Religionen können auch keine politische Funktion haben. Die Idee eines religiösen Staates widerspricht den Grundsätzen einer Demokratie.

Gibt es im "israelischen" Gesetz eine Definition, "wer" ein Jude/ eine Jüdin ist?

Bis jetzt gibt es keine genaue Definition. Die Frage wer Jude/Jüdin ist, das kann der Staat selbst nicht beantworten. Er kann nicht eindeutig definieren, wer der Jude/die Jüdin ist, die/den er akzeptiert. Und das ist der ideologische Widerspruch im Staat "Israel".

Die ZionistInnen und ihre Verbündeten behaupten immer, die zionistische Bewegung wäre als Reaktion auf den Antisemitismus entstanden. Kannst du über die ökonomischen, sozialen und politischen Gründe der Entstehung des Zionismus erzählen?

Es ist richtig, daß der Zionismus eine Antwort auf das Problem des Antisemitismus in Europa war [Westeuropa; Anm.d.Red]. Aber das war nicht die einzige Reaktion. Es gab auch andere Bewegungen, zB war die jüdische so-



zialistische Bewegung eine Antwort auf den Rassismus des Antisemitismus.

Wie heißt die Bewegung?

Der jüdische sozialistische Bund war eine andere Bewegung als der Zionismus. Und der Bund war ein wichtiger Faktor in allen revolutionären Kräften, die gegen den Antisemitismus gewirkt haben, und in allen fortschrittlichen Bewegungen in Europa. Er hat in der Oktoberrevolution 1917 in der Sowjetunion mitgewirkt. Der Zionismus war eine Bewegung von diesen Bewegungen.

Und diese Bewegung war erfolgreich. Die zionistische Bewegung ist 1897 auf dem 1. zionistischen Kongreß in Basel gegründet worden. Innerhalb von 50 Jahren gelang es dem Zionismus, seine

politischen Ziele zu erreichen. Und ihr größter Erfolg ist durch die Zusammenarbeit mit den imperialistischen Kräften und deren Interessen in Palästina und im Nahen Osten, die der Zionismus am erfolgreichsten vertreten hat, geschehen. Ohne diese Kooperation kann die zionistische Bewegung ihre Ziele nicht erreichen. Diese Kooperation ist der wichtigste Faktor, daß der "israelische" Staat weiter zionistisch bleibt. Der zionistische Staat erhält jährlich von den USA 4 Billionen Dollar.

Du vertritts den Boykott von "israelischen" Waren, Tourismus und Kibbuzim. Kannst du uns das näher erläutern?

Ich will mit dem Kibbuz beginnen. Der Kibbuz wird von den fortschrittlichen Kräften in Europa als sozialistisches Experiment verstanden. Diese Be-

trachtung ist vollkommen falsch. Die Behauptung, daß die innere Struktur des Kibbuz, auf Gleichberechtigung aufgebaut ist, ist falsch, und verschleiert den wahren Charakter des Kibbuz.

Der Kibbuz ist der wichtigste Faktor des zionistischen Siedlungskolonialismus in Palästina. ZB wurden fast die Gesamtheit aller Kibbuz auf enteignetem Boden palästinensischer Dörfer errichtet. Wenn du dir die Landkarte des Staates "Israel" ansiehst, und schaust, wo heute die Kibbuz stehen, und das mit der Palästina-karte der britischen Mandatszeit von 1945 vergleichst, siehst du, daß die Kibbuz auf den Plätzen von geschleiften palästinensischen Dörfern stehen. Der Staat "Israel" wurde 1948 gegründet. Heute sind 17% der EinwohnerInnen des Staates "Israel" arabische PalästinenserInnen. Jedes Ansuchen um Aufnahme eines Palästinensers oder einer Palästinenserin mit "israelischer" Staatsbürgerschaft, sogar wenn er/sie sozialistisch eingestellt waren, an einen Kibbuz, wurde abgelehnt. In "Israel" [besetzte Gebiete von 1948; Anm.d.Red.] gibts ca 300 Kibbuz, und in keinem einzigen davon ist ein PalästinenserIn aktiv. Es gibt ein Beispiel von einem objektiven Fall, wo ein junger Palästinenser eine jüdische Frau geheiratet hat, deren Eltern in einem Kibbuz leben. Sie haben für diese neue Familie um Mitgliedschaft in einem Kibbuz angesucht. Das Ansuchen wurde abgelehnt.

Der Kibbuz ist bei der fortschrittlichen Bewegung als selbständig und autonom bekannt. Das ist falsch! Wenn du die technischen Strukturen des Kibbuz betrachtest, siehst du, daß jeder Kibbuz als Firma angemeldet ist, und es gibt eine Muttergesellschaft in "Israel", die heißt "Nir-shitufin" ["nir" ist der Name, "shit fin" bedeutet Genossenschaft], und ist die oberste Verwaltung dieser Firmen. Jeder Kibbuz ist eine Tochtergesellschaft dieser Firmen und jeder Kibbuz ist eine Tochtergesellschaft von "Nir-shitufin". Nur "Nir-shitufin" hat das gesetzliche Recht für oder gegen jeden Beschluß zu entscheiden. Das entspricht nicht der Verfassung des Kibbuz-Systems. Der gesamte Name von "Nir-shitufin" ist: "Kolonialbesiedlung der jüdischen Arbeiter".

Die Ziele von "Nir-shitufin" sind - **nur**

für jüdische ArbeiterInnen:

*Errichtung von Kibbuzim und

*Errichtung anderer Siedlungskolonien.

d.h. wenn ein Kibbuz in seinen Sitzungen die Aufnahme eines Palästinensers oder einer Palästinenserin unterstützt, hat "Nir-shitufin" das Vetorecht; das Recht, die Aufnahme eines/einer PalästinenserIn abzulehnen. Es ist noch nie in einem Kibbuzim "Israels" die Aufnahme eines/einer PalästinenserIn beschlossen worden.

"Nir-shitufin" ist keine selbständige Firma, was am allerwichtigsten ist, sondern sie ist Bestandteil von Histadrut [= "israelische" Gewerkschaft; Anm d.Red], die in linken Kreisen Europas als fortschrittliche Gewerkschaftsorganisation bekannt ist. Histadrut hat aber nicht die gewerkschaftliche Funktion wie die ArbeiterInnenbewegung in Europa [Westeuropa; Anm.d.Red.]. Die wichtigste Aufgabe von Histadrut ist die Siedlungskolonialpolitik des zionistischen Staates für die Weitersicherung seiner zionistischen Existenz. Die gewerkschaftlichen Arbeiten sind ein Deckmantel für die zionistische Politik, die sie betreibt, aber auch für die gewerkschaftlichen Aufgaben hat sie eine Abteilung. Sie hat eine offizielle Abteilung für den Ackerbau, weitere Abteilungen sind für Industrie, In- und Export... Histadrut rein als Gewerkschaft dargestellt, ist der Deckmantel für eine genau vorausgeplante Propaganda der zionistischen Kolonialpolitik. Und wenn wir wieder zum Anfang zurückkehren, der Kibbuz muß in seiner Tätigkeit als zionistische Siedlungskolonialpolitik verstanden werden, die PalästinenserInnen aus ihren Dörfern vertrieben hat.

Histadrut ist in ihren Aufgaben als ein Teil der zionistischen Bewegung zu verstehen. Es ist die Pflicht für jeden Menschen, der solidarisch mit dem palästinensischen Volk sein will, den Boykott von Kibbuzen, sei es als ArbeiterIn oder als TouristIn dort zu fördern.

Statt sich als ArbeiterIn im Kibbuz zu verpflichten, sollen sie lieber mit den PalästinenserInnen in einem Komitee in Palästina arbeiten, um dem palästinensischen Kampf näher zu kommen und: Ich weiß aus meiner Erfahrung und der anderer, daß das palästinensi-

sche Volk diese Initiativen unterstützt.

Das gleiche gilt für den Boykott "israelischer" Waren, man/frau sollte versuchen, palästinensische Waren zu importieren.¹

Boycottiert den Tourismus nach "Israel", fährt vielmehr nach Palästina, zu den PalästinenserInnen. Lebt mit ihnen, lernt die Politik der Besatzung kennen.

Und, ich komme zum Schluß, wir müssen die Rolle des Staates "Israel" im Nahen Osten verstehen und vergleichen mit der Rolle des rassistischen Staates Südafrika auf dem afrikanischen Kontinent. Ein Boykott "israelischer" Waren ist sicher eine Stärkung der Solidarität mit den PalästinenserInnen.

Die Erfahrungen mit dem Boykott südafrikanischer Waren sollten ausgenutzt werden.

Die Bewegung "Peace Now" ist 1982 während der "israelischen" Invasion im Libanon aktiv aufgetreten, jetzt während der Intifada auch; was hat "Peace Now" vorher, was zwischen 1982 und 1987 gemacht? Ist "Peace Now" nicht Instrument der zionistischen Propaganda?

Erstens: Die Friedensbewegung [und mit ihr "Peace Now" als Teil davon; Anm.d.R] ist erst 1977 gegründet worden - für die Unterstützung des Camp-David-Abkommens zwischen "Israel" und Ägypten² und sollte die "Israelis" für dieses Abkommen gewinnen. Hier tauchen mehrere Fragen auf, und jede ist mit Ja zu beantworten. Die Friedensbewegung ist im zionistischen Apparat, und da sie eine zionistische Bewegung ist, unterstützt sie die zionistische Propaganda.

Das behauptete nicht ich über sie, sondern sie selbst sagt über sich, daß sie ein Teil der zionistischen Bewegung ist. Sie sagen, sie sind für die Teilung Palästinas in einen "israelischen" und einen palästinensischen Staat, denn das ist die größte Garantie für den Fortbestand "Israels" - als zionistischen Staat.

Die Intifada hat die zionistische Bewegung gespalten. Es gibt einen Teil, der die Shamir-Politik betreibt, der sagt, die Existenz eines palästinensischen

Staates neben "Israel" ist die Vernichtung "Israels" und es gibt einen Teil, der die Politik von Aza Bialik vertritt, der sagt, es gibt keine Gefahr für die Existenz "Israels", wenn daneben ein palästinensischer Staat errichtet wird. Im Gegenteil, das würde erst die gesicherte Existenz eines "israelischen" Staates ermöglichen.

Und die Friedensbewegung ist ein Teil dieser 2. Meinung. Sie unterstützt ein Abkommen mit der PLO und die Gründung eines palästinensischen Staates und vertritt die politischen Interessen des "israelischen" zionistischen Staates.

Du kennst die Unterdrückungsmethoden des zionistischen Staates gegenüber dem palästinensischen Volk. Findest du einen Vergleich dieser Methoden mit den Methoden des deutschen Nationalsozialismus, also des deutschen Faschismus berechtigt?

In der politischen Diskussion in Europa wird der Nazismus nur als Massenvernichtung in Gaskammern begriffen. Ich will jetzt damit anfangen, diesen Begriff auf die Vernichtung des palästinensischen Volkes auszuweiten. Die Qualität der Vernichtung hat aber noch nicht die Grenze von

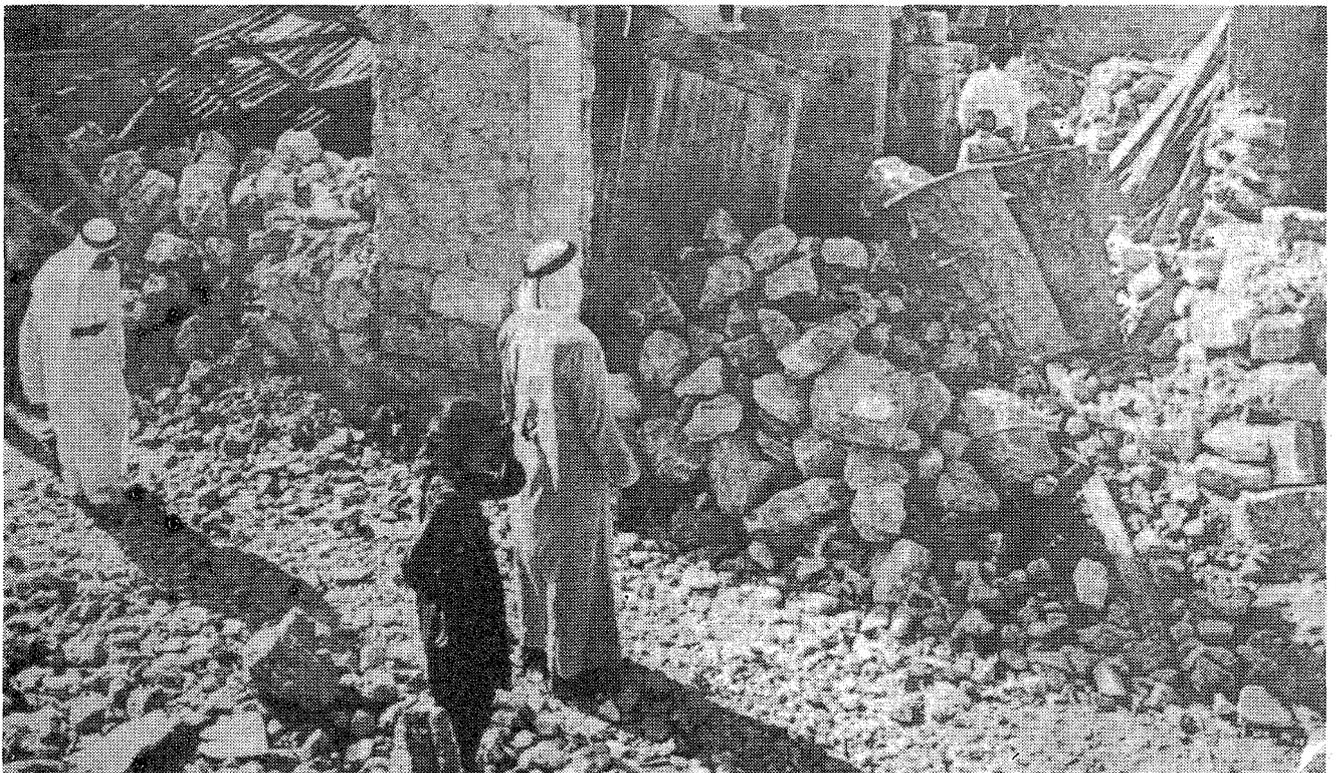
KZs und Gaskammern erreicht. Der Anfang der nationalsozialistischen Herrschaft in Europa war aber auch nicht die Gaskammern. Massenvernichtung und Gaskammern waren erst seit 1941. Die Nationalsozialisten waren aber in Deutschland seit 1933 an der Macht. Und die Nürnberger Gesetze sind erst 1935 gekommen. Das offizielle Nazi-Gesetz lautete nicht "Vernichtung der Juden" sondern "Vertreibung der Juden", d.h. Vertreibung aller jüdischen Gesellschaftsschichten - Vertreibung millionen Menschen. In der Vorstellung der Nazis: entweder nach Südamerika oder nach Madagaskar oder nach Palästina. Nach Beginn des Krieges hat sich die Politik geändert, von Massenvertreibung zu Massenvernichtung, nachdem die Grenzen geschlossen wurden. Die Massenvertreibung des palästinensischen Volkes durch die "israelische" Regierung wird heute innerhalb und außerhalb der "israelischen" Regierung in Frage gestellt.

Die Vertreibung der Jüdinnen und Juden aus Europa ist Nazi-Politik; ebenso ist die Vertreibung der PalästinenserInnen durch die "israelische" Regierung Ausdruck von Nazi-Politik. Und es ist die Pflicht eines jeden politisch gewissenhaften Menschen,

darüber die Wahrheit zu sagen. Ebenso wie es keine deutsch-österreichische Kollektivschuld für Nationalsozialismus gibt, gibt es auch keine Kollektivschuld aller "israelischer" StaatsbürgerInnen - zB Ich; ich besitze einen "israelischen" Paß und ich kämpfe gegen den Zionismus, und ich trage keine Schuld für die Massaker Rabins am palästinensischen Volk. Die Schuld trägt der jeweilige Schuldige und nicht die ganze Gesellschaft. Und deshalb müssen wir offen sprechen: Die Politik von Rabin ist eine Nazi-Politik. Die Tatsache, daß er Jude und "israelischer" Staatsbürger ist, schließt nicht aus, daß er Nazi ist. Und es gibt noch viele andere Nazis (...; zB Kahana ist ein Nazi und war Abgeordneter im "israelischen" Parlament und viele mehr).

Es gibt Linke, die sagen, der zionistische Staat wäre ein demokratischer Staat, der im Moment eine falsche Politik betreibt. Was meinst du dazu? Hältst du prinzipiell ein Zusammenleben mit ZionistenInnen für möglich?

Das ist eine eindeutig falsche Einstellung. Das ist historisch und politisch gesehen objektiv falsch - was sich zeigen wird, wenn wir die Politik von "Israel" näher betrachten. Ich möchte



"Indem wir keinen Stein auf dem anderen lassen und alle Einwohner verjagen,...wird es kein Dorf mehr geben, in das die Araber zurückkehren können." (Yitzhak Rabin)

ein Beispiel bringen: Wenn die Demokratie in Europa oder den USA oder in Südafrika oder in "Israel" besteht, dann muß sie für jede/n sein; und wenn die Abrüstung positiv ist, dann ist sie positiv für jeden Menschen. Nehmen wir eine Forderung des Staates "Israel" an die PalästinenserInnen: Wenn ein palästinensischer Staat gegründet werden soll, darf es keine Armee geben. Wir sagen: OKAY; wenn der palästinensische Staat ohne Armee sein soll, dann sollte für "Israel" das gleiche gelten. Das einzige Hindernis, daß die PalästinenserInnen daran hindert, in ihre Heimat zurückzukehren, ist die "israelische" Armee. Wenn die PalästinenserInnen ihre Waffen ins Meer schmeißen und wenn die "Israelis" ihre Waffen, Panzer und Flugzeuge ins Meer schmeißen, dann wird jede palästinensische Familie, die in einem Flüchtlingslager lebt, ihre Sachen packen und nach Haifa, Jaffa, usw zurückkehren. Das ist ein humanes, menschliches und demokratisches Prinzip. Dieses Prinzip deckt sich mit der UNO-Charter und allen ihren Deklarationen³. Aber jede zionistische Person in "Israel" sagt dir, das sei unmöglich, und wenn du ihm/ihr sagst, der/die PalästinenserIn ist nicht bewaffnet und will mit dir in Frieden als NachbarIn leben und er will dich nicht ins Meer schmeißen, dann bleibt immer noch der Umstand, daß die zionistische Person eine rassistische Person ist. Und daher sehe ich, daß sich Zionismus und demokratisches

Prinzip widersprechen. Die Kriegsverbrechen des Staates "Israel" sind nicht Irrtümer, sondern ein Prinzip der zionistischen Ideologie.

Anmerkungen:

Wenn wir "Israel" schreiben, dann setzen wir "Israel" immer unter Anführungszeichen oder wir schreiben stattdessen "die besetzten Gebiete von 1948", damit wollen wir ausdrücken, daß die Vertreibung von Millionen von PalästinenserInnen und die Errichtung eines eigenen Staates auf geraubtem Land auch nach 41 Jahren keine Berechtigung hat! Wir finden es ja beispielsweise auch richtig, das "Baskenland" als Euskadi zu benennen.

¹)eventuell handelt es sich hier um einen Übersetzungsfehler. Wir halten es ökonomisch in der momentanen Situation für unmöglich, den Vorschlag in die Wirklichkeit umzusetzen. Dazu bedarf es einer breiten Solidaritätsbewegung zu Palästina (sowie es Tansania-Tee in "3.Welt"-Läden gibt) und weiters eine Gesetzgebung in den besetzten Gebieten, die die direkte Ausfuhr palästinensischer Waren ermöglicht.

²)Die Beteiligung der USA am Camp-David-Abkommen muß unbedingt erwähnt werden. Ohne den imperialistischen Interessen der USA an der Region wäre dieses Treffen nie zustande gekommen.

³)Auch wenn die UNO Zionismus als Rassismus verurteilt hat haben wir ein anderes Verhältnis zur UNO als Uri Davis - die UNO hat viel zur Entstehung des Staates "Israel" beigetragen. Die UNO-Charter und ihre Deklarationen werden von den meisten PalästinenserInnen noch immer strikt abgelehnt.



Wir

suchen

(noch immer und nicht minder dringend)

**Handver-
käuferInnen**
(viele)

TATblatt-HandverkäuferInnen erhalten (in Wien) je verkauftem TATblatt fünf Schilling. (Für HandverkäuferInnen in den Bundesländern ist es wegen der Versandkosten eventuell ein bißchen weniger.... da müssen wir uns halt irgendwas mit Dir ausmachen)

Einfach im Wiener TATblatt-Büro anrufen (0222/54 23 07); oder am Besten: Am Montag zwischen 17 und 19 Uhr vorbeikommen! (Vielleicht auch sicherheitshalber vorher anrufen)

Natürlich...

**...suchen wir auch Leute zur Mitarbeit in jeder anderen nur irgendwie erdenkbaren Form
...suchen wir Infos, Artikel, Reaktionen, Geld.**

Buch:

Das fröhliche Wohnzimmer

öl,öl,öf,öl,öl,öl,öl,öl,öl,öl,öl,öl,
öl,öl,öl,öl,öl,öl,öl,öl,öl,öl,öl,öl,
öl,öl,öl,öl,öl,öl,öl,öl,öl,öl,öl,öl,
öl,öl,öl,öl,öl,öl,öl,öl,öl,öl,öl,öl,
öl,öl,öl,öl,öl,öl,öl,öl,öl,öl,öl,öl,

ölölölölölölölölölölölölölölölölölöl
ölölölölölölölölölölölölölölölölölöl
ölölölölölölölölölölölölölölölölölöl
ölölölölölölölölölölölölölölölölölöl
ölölölölölölölölölölölölölölölölölöl

ööööööööööööööö|||
ööööööööööööööö|||
ööööööööööööööö|||
ööööööööööööööö|||
ööööööööööööööö|||
ööööööööööööööö|||

(Christoph Schwarz; Öl; aus "das fröhliche Wohnzimmer, Seite 123)

Blicke vorderhand ungeklärt, was das jetzt mit Wohnzimmer im Allgemeinen, ebensolcher fröhlicher im Besonderen zu tun hat. Ist das Wohnzimmer doch, nach Magdalena Sadlon auf

Seite 5 "groß und schön eingerichtet, liegt nach Süden und hat ein Fenster und eine Glastür. Die Glastür führt in den Garten. In der Ecke bei dem Fenster ist eine Kautsch. An der Wand über der Kautsch hängt ein Bild und unter dem Bild ein Spiegel. Rechts von der Glastür steht ein Tischchen mit dem Radio und neben dem Tischchen ein Schrank. Dem Fenster gegenüber ist noch eine Tür. Gleich bei der Tür steht ein Bücherschrank. An der Decke hängt eine Lampe und auf dem Fußboden liegt ein Teppich. Zwischen der Glastür und dem Fenster steht ein Tisch mit einem Lehnstuhl. Dort sitze ich gerne und genieße die Aussicht in den Garten...."(Magdalena Sadlon; "Zeig mir dein Zimmer und ich zeige dir was ich kann")

Das Buch "Das fröhliche Wohnzimmer" ist in der "Das fröhliche Wohnzimmer"-Edition erschienen, und zwar 1989, hat einen ansprechenden

gelb/schwarzen Umschlag, der ein klein wenig an Postautofahrpläne kurz vor Einführung der Bundesbusse erinnert, und wurde von Ilse Kilic und Fritz Widhalm herausgegeben. Drinnen sind viele Beiträge, unter anderem von Reinhold Aumaier, Guillermo Deisler, Petra Ganglbauer (die ersten drei im Alphabeth halt) und vielen anderen wie zB Junki Wehrmann, diesmal aber ohne seine TATblatt-LeserInnen wohlvertrauten Bären und Ziegen sondern mit Wörtern wie diesen:

"Siemens tru at ion hat dAs + plustern + * im finstern fin* Sie mensch uckert Hals ke = b G (Ges) ge* Ges ch ich te et Gesch ich ts ges ich ter auf den A* lag Tau schauen mOne * Schwe* gern We*? We* si nd sehr von ge* mein Be*-n! tip + t tipp-lust Der k.o.eniog ist ein § en reiter"



Leserbrief

Im TATblatt minus 89, vom 6. Juni kritisiert ihr auf Seite 9 die Bezirkszeitung "Rundschau" (für die Bezirke Baden, Triestingtal und Ebreichsdorf) der Badener KPÖ. Zu Recht zeigt ihr auf, daß es skandalös ist, wenn diese Zeitung ungewollt in die gleiche AusländerInnenfeindliche Haltung stößt wie andere bürgerliche Zeitungen. Ihr werft der Rundschau eine "Bild-Krone-oder-so-Machart" vor. Eure Kritik an der Rundschau teile ich ganz.

Enttäuscht bin ich, weil ihr in den selben Fehler verfällt. Mit einer reißerischen Überschrift: "KPÖ: 'Ausländerplage nimmt immer mehr zu'" und weiters schreibt ihr: "Die AusländerInnenfeindliche Hetze der Kommunistischen Partei Österreichs"

Ich lese regelmäßig die Volksstimme und es ist bei den Haaren herbeigezogen der Volksstimme eine AusländerInnenfeindliche Haltung vorzuwerfen. Die Volksstimme hat sich immer wieder für die Rechte der ausländischen MitbürgerInnen eingesetzt, hat immer wieder auf die neofaschistische Gefahr hingewiesen. Recht habt ihr die Rundschau zu kritisieren. Aber gleich in "Bild-Machart" eine reißerische Überschrift zu machen, die inhaltlich nicht stimmt (von einer Bezirkszeitung auf die gesamte KPÖ zu schließen) finde ich bedenklich. Ich hoffe sehr ihr könnt meine Kritik annehmen. Eure Zeitung finde ich toll und sehr informativ. Ich lese sie regelmäßig. In jeder neuen Nummer erfahre ich Sachen, die sonst nirgends stehen.

Mit solidarischen, kämpferischen Grüßen
P.H.

Betrifft: TATblatt

Einem Teil der Auflage des letzten TATblatts lagen Flugblätter bei, die einen Aufruf zur Teilnahme an einer Protestdemonstration anlässlich des Massakers in China beinhalten. Als Unterzeichner dieses Aufrufes schien, neben den verschiedensten Gruppen aus dem "linken Spektrum", wie auch dem TATblatt, die "Junge ÖVP" auf. Nicht unberechtigt wurde dessen angesichtig Kritik laut. Was wir uns dabei wohl gedacht hätten, gemeinsame Sache mit der Jugendorganisation einer Partei zu machen, die - ihre guten Beziehungen mit faschistischen Diktaturen wie der Türkei oder Südafrika pflegend - bei anderen Massenmorden weit weniger enge Maßstäbe anlegt? Wir ließen uns dabei, hieß es, vor einen antikommunistischen Karren spannen, mit dem die Rechten bei einem solchen Anlaß natürlich immer auffahren.

Doch eben jenen Rechten wollten wir dieses Terrain nicht alleine zu überlassen. Sie schienen auch bei der Demo-Vorbereitung gänzlich unbedeutend und unbeteiligt... Der Ablauf der Demo schließlich hat uns aber zweifellos eines Besseren belehrt. Die ÖVP, AG usw hatte alles fest in der Hand, verwandelte die Demonstration der Solidarität mit den kämpfenden ChinesInnen zu einem Schweigemarsch mit Sarg, Blumen und Freiheitsstatue und dem unvermeidlichen Banner "Freiheit statt Sozialismus".

Da ist zweifellos etwas schiefgelaufen. Der Fehler war aber vielleicht weniger der, daß wir zu der Demo aufgerufen haben, als vielmehr jener, zu einer Demonstration aufzurufen, ohne uns entsprechend darauf vorzubereiten und zu organisieren.

Soviel dazu.

Abschließend noch ein paar Hinweise, das TATblatt betreffend: Das Grazer Redaktionscafé findet ab sofort zwar weiterhin zu den üblichen Terminen, allerdings an einem anderen Ort statt. Bitte den diesbe-

züglichen Hinweis auf der letzten Seite beachten.

Der Sommer rückt auch immer näher und damit die Zeit der Urlaube und Ferienjobs. Und da es zu dieser Zeit auch nachrichtenmäßig mäßig aussieht (wenn nicht gerade wieder Kriegsflugzeuge stationiert und Häuser geräumt werden), haben wir uns gedacht, wird das TATblatt über die Sommermonate nur monatlich erscheinen. Das nächste TATblatt gibts aber noch ganz normal, in 14 Tagen!

Bis dorthin:

Liebe und Kraft!

Einer vom TATblatt-Kollektiv

Falsche Kontonummer!!!

Im Artikel "Lernen und Leben" im TATblatt minus-89 haben wir versehentlich eine falsche Kontonummer des

**"Solidaritätskonto
Gleichbehand-
lungsklage"**

genannt! Die richtige Nummer lautet:
BAWAG 03010 306 425

**Wir bitten um
Entschuldigung!**

Das TATblatt soll eine selbstverwaltete linke Zweitageszeitung zur Verbreitung unterdrückter Nachrichten werden, die allen daran Interessierten offen zur Verfügung steht.

Die Verwirklichung dieses Projekts voranzutreiben ist eine der Aufgaben der TATblatt-Minus-Nummern, die vorerst alle vierzehn Tage erscheinen.

Sie sollen uns helfen, eine eigene redaktionelle Linie zu entwickeln und die Beteiligung für alle daran Interessierten zu ermöglichen. Wir wollen dabei experimentieren, Erfahrungen sammeln, Vorstellungen revidieren, lernen...

Es ist uns wichtig, die Entwicklung mittels der Minus-Nummern transparent zu machen, und zur Diskussion zu stellen. Soll die Zweitageszeitung, wie es unser Ziel ist, von einer breiten Basis politisch aktiver Gruppen und Leute getragen werden, müssen diese auch schon an der Entstehung der Zeitung beteiligt sein.

Die TATblatt-Minus-Nummern sollen aktuelle Beiträge und Hintergrund-Reportagen enthalten, sowie einen Teil, um das Zeitungsprojekt selbst zu diskutieren: Konzepte, Ideen, Kritik usw. Natürlich gibt es auch Platz für Reaktionen.

...und das alle vierzehn Tage. Der Countdown läuft von Minus 101 bis 0... ohne damit sagen zu wollen, daß es noch vier Jahre dauern wird, bis zur zweitäglichen Erscheinungsweise.

Schickt uns bitte massigst: Infos, Artikel, Kurzmeldungen, Diskussionsbeiträge, LeserInnenbriefe, usw.

Artikel, LeserInnenbriefe, etc bitte an:
Unabhängige Initiative Informationsvielfalt; 1050 Wien, Postfach 282
Bestellungen bitte mittels Erlagschein auf P.S.K. 7547 212 (Empfängerin: Unabhängige Initiative Informationsvielfalt)

Die TATblatt-Kollektive:

Wien:

Büro: Wien 5; Margaretengürtel 122-124/Stiege 1/Keller
Telefon: (0222) 54 23 07
Postanschrift: 1050 Wien, Postfach 282

offene Treffen:

jeden Donnerstag, um 19 Uhr im TATblatt-Büro.

Graz:

Kontakt-Telefonnummern:
Kristof: (0316) 83 57 79 oder
Elisabeth: (0316) 96 23 63.

Redaktionscafé: (!!!Neuer Treffpunkt!!!)
jeden zweiten Sonntag, um 19 Uhr im Beisl in der Korösisstraße 28)
(nächstes Mal am 2. Juli)

An:

P.b.b. * Verlagspostamt 1050 * Erscheinungsort Wien

Das TATblatt im Abo: Der TATblatt-Baustein (um S 96.-)

Baustein-KäuferInnen erhalten das TATblatt regelmäßig zugeschickt. Ein Baustein entspricht also gewissermaßen einem Abo. Bloß: Auch wer mehr Bausteine kauft, bekommt nur ein TATblatt. Es ist also vollkommen unproblematisch, zwei, drei, vier, viele Bausteine zu kaufen, ohne alle vierzehn Tage einen vollkommen überfüllten Briefkasten zu haben. Ein Baustein gilt für 10 Minus-Nummern. Also einfach Erlagschein ausfüllen, einzahlen, und paßt schon. (Wegen des teureren Versandtarifes ist es für TATblatt-InteressentInnen aus dem Ausland notwendig, zwei Bausteine zu kaufen, um das TATblatt zugeschickt zu bekommen)

Mitgliedschaft (für nur 1 Schilling täglich)

Die Unabhängige Initiative Informationsvielfalt ist Herausgeberin des TATblatts. Die Statuten schicken wir dir auf Wunsch gerne zu. Die Mitgliedsgebühr beträgt ab sofort nur mehr 1.- pro Tag. Das sind im Monat so zirka 30.- Diese dreißig Schilling nach Belieben verdoppeln, verdreifachen, vervierfachen, vervielfachen, und regelmäßig auf unser Konto überweisen (beispielsweise mittels Dauerauftrag). Mitglieder erhalten das TATblatt selbstverständlich ebenfalls regelmäßig zugeschickt. Wenn du an einer Mitgliedschaft interessiert bist, schicke uns noch heute eine Postkarte!

TATblatt-Einzelverkaufsstellen: Wien:

Buchhandlungen:

- Buchwelt (9, Schwarzspanierstraße 15)
- Kolisch (1, Rathausstraße 18)
- Südwind (1, Kleeblattgasse 4)
- Winter (1, Landesgerichtsstraße 20)
- VKA (6, Stiegegasse)
- Reisebuchladen (9, Kolingasse 6)

ferner:

- ARGE für Wehrdienstverweigerung und Gewaltfreiheit (1, Schottengasse 3a/1/4/59)
- EZA (5, Obere Amtshausgasse 38)
- Rotstilzchen (5, Margaretestraße 99; Mo-Fr 19-2 Uhr)
- TU-Club (4, Panigigasse 1)
- Bioladen Makrokosmos (8, Strozzigasse 38)
- Naturkostladen Kutschkermarkt (18, Kutschkergasse 29)
- KOMM 24 (14, Baumgartner Höhe 1; Pavillon 24)
- Blaue Tomate (15, Wurmsergasse)

Graz:

- Dradiwaberl (Tummelplatz 6; Antiquariat Zinzendorfgasse)
- ÖH-GEWI (Schubertstraße 2-4; Zi. 5)
- Bücherstube (Prokopigasse 16)
- Techn. Fachbuchhandlung SPECTRUM (Schörgelgasse 9)

Auch der schönste Baustein geht einmal vorüber...

...und so kommt es, daß dieses TATblatt für viele das letzte sein wird, wenn sie nicht schnell einen neuen TATblatt-Baustein kaufen.

Ein Baustein gilt bekanntlich für zehn TATblatt-Minus-Nummern.

Ab sofort ist die letzte Ausgabe, die du um deinen Baustein noch zugeschickt bekommst, im Adreßpickerl, unter halb deines Namens, notiert ((in doppelter Klammer)).

Schau bitte mal nach, und verlängere dein Abo rechtzeitig - durch Kauf eines neuen Bausteins - mittels beiliegendem Erlagschein.

Impressum:

Medieninhaberin, Herausgeberin und Verlegerin:

Unabhängige Initiative Informationsvielfalt
1050 Wien; Margaretengürtel 122-124 / Stiege 1 / Keller

Postanschrift: 1050 Wien; Postfach 282
Telefon: (0222) 54 23 07

Mailbox-Fach: (0222) 597 12 25 (TATblatt)
Bankverbindung/Konto: PSK 7547 212
DVR Nr: 0558371

Flugblätter und dgl sind als Dokumente aufgenommen und Bestandteil des TATblatts. Sofern sie Impressi tragen, haben sie hier keine Gültigkeit. Es gilt lediglich das Impressum des TATblatts.

Eigentumsvorbehalt

Nach diesem Eigentumsvorbehalt ist die Zeitschrift solange Eigentum der Absenderin, bis sie der/m Gefangenen persönlich ausgehändigt worden ist.

"Zur-Habe-Nahme" ist keine Aushändigung im Sinne dieses Vorbehalts. Wird die Zeitschrift der/m Gefangenen nicht ausgehändigt, ist sie der Absenderin mit dem Grund der Nichtaushändigung zurückzusenden.

**Das nächste TATblatt
erscheint am 4. Juli
Redaktionsschluß für diese
Nummer ist am 27. Juni**